# Historische Tatsachen Nr. 6

## Hans Kehrl

# Realitäten im Dritten Reich




(Karte gesondert lieferbar. Größe 65 x 70 cm nebst Erläuterungen, DM 8,50; Ln - gerollt - DM 19,80)

Historische Tatsachen Nr. 6

Hans Kehrl

# Realitäten im Dritten Reich

Aus den "Regeln für die politisch-psychologische Subversion", die der Chinese Sun Tsu etwa 500 v. Christi Geburt aufgestellt hat:

*"Die höchste Kunst besteht darin, den Widerstand des Feindes ohne Kampf auf dem Schlachtfeld zu brechen. Nur auf dem Schlachtfeld ist die direkte Methode des Krieges notwendig; nur die indirekte kann aber einen wirklichen Sieg herbeiführen und festigen.*

*Zersetzt alles, was im Lande des Gegners gut ist!*

*Verwickelt die Vertreter der herrschenden Schichten in verbrecherische Unternehmungen;*

*unterhöhlt auch sonst ihre Stellung und ihr Ansehen;*

*gebt sie der öffentlichen Schande vor ihren Mitbürgern preis!*

*Nutzt die Arbeit der niedrigsten und abscheulichsten Menschen!*

*Stört mit allen Mitteln die Tätigkeit der Regierungen!*

*Verbreitet Uneinigkeit und Streit unter den Bürgern des feindlichen Landes!*

*Fordert die Jungen gegen die Alten!*

*Zerstört mit allen Mitteln die Ausrüstungen, die Versorgung und die Ordnung der feindlichen Streitkräfte!*

*Entwendet alte Überlieferungen und Götter!*

*Seid großspurig mit Angeboten und Geschenken, um Nachrichten und Komplicen zu kaufen!*

*Bringt überall geheime Kundschafter unter!*

*Spart überhaupt weder mit Geld noch mit Versprechungen, denn es bringt hohe Zinsen ein!"*

Lassen Sie mich ein Wort einblenden, das im Rahmen der Prozesse vor dem Volksgerichtshof gegen die Männer des 20. Juli 1944 gefallen ist. Widerstandskämpfer, die es unternommen hatten, in England zu testen, welche Friedensbedingungen ihnen eingeräumt würden, wenn es gelänge, Hitler die Macht zu entreißen, erhielten die erschütternde Antwort:

**"Für uns ist es uninteressant, ob an der Spitze Deutschlands Hitler oder ein Jesuitenpater steht, entscheidend für uns ist, daß Deutschland als Wirtschaftskraft verschwindet."....**

Herausgabe November 1979



Alleinauslieferung für die deutsche Ausgabe
Verlag für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung
D-4973 Vlotho Postfach 1643
Druck: Kölle-Druck, 4994 Preuß. Oldendorf
Bei Bestellungen aus dem Ausland bitte Voreinzahlung
Konten des Verlages: Postscheck Essen: 116162-433
Stadtsparkasse Vlotho 2535

# So begann der Frieden

Ministerpräsident von Frankreich, George Clemenceau, am 7. Mai 1919 vor den Delegierten aller alliierten und assoziierten Staaten im Palasthotel Trianon zu Versailles:

*"Meine Herren Delegierten des Deutschen Reiches! Es ist weder Zeit noch der Ort für überflüssige Worte. Sie sehen vor sich die bevollmächtigten Vertreter der kleinen und großen Mächte, die sich vereinigt haben, um den schrecklichen Krieg, der ihnen aufgezwungen worden ist, zu Ende zu führen. Die Stunde der schweren Abrechnung ist gekommen. Sie haben uns um Frieden gebeten. Wir sind geneigt, ihn Ihnen zu gewähren. Wir überreichen Ihnen hiermit das Buch, das unsere Friedensbedingungen enthält.."*

Der deutsche Reichsaußenminister Graf Brockdorff-Rantzau darauf:

*"Wir täuschen uns nicht über den Umfang unserer Niederlage, den Grad unserer Ohnmacht. Wir wissen, daß die Gewalt der deutschen Waffen gebrochen ist; wir kennen die Wucht des Hasses, die uns hier entgegentritt, und wir haben die leidenschaftliche Forderung gehört, daß die Sieger uns zugleich als Überwundene zahlen lassen und als Schuldige bestrafen sollen.*

*Es wird von uns verlangt, daß wir uns als die allein Schuldigen bekennen; ein solches Bekenntnis wäre in meinem Munde eine Lüge. Die öffentliche Meinung in allen Ländern unserer Gegner hallt wider von den Verbrechen, die Deutschland im Kriege begangen habe. Auch hier sind wir bereit, getanes Unrecht einzugestehen. Aber auch in der Art der Kriegführung hat nicht Deutschland allein gefehlt. Jede europäische Nation kennt Taten und Personen, deren sich die besten Volksgenossen ungern erinnern. Die Hunderttausende von Nichtkämpfern, die seit dem 11. November an der Blockade zugrunde gingen, wurden mit kalter Überlegung getötet, nachdem für unsere Gegner der Sieg errungen und verbürgt war. Daran denken Sie, wenn Sie von Schuld und Sühne sprechen."*

Im Kriegsschuldartikel § 231 des Versailles-Friedens hieß es:

**"Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen wurde, erlitten haben."**

Zu den wichtigsten Bedingungen des Vertragswerkes gehörten die Deutschland aufgezwungenen Landabtretungen, die Reparationsforderungen und die damit verbundenen wirtschaftlichen Eingriffe in das geschlagene Deutschland. Abgetreten wurden:

Nordschleswig an Dänemark (mit Abstimmung) —
Eupen und Malmedy an Belgien —
Elsaß-Lothringen an Frankreich —
Saargebiet für 15 Jahre wirtschaftlich Frankreich ausgeliefert —
Posen und Westpreußen, Teile von Ostpreußen und Hinterpommern an Polen —
Danzig — problematischer Freistaat unter Völkerbundsmandat mit polnischen Rechten —
Memelgebiet —
Teil Oberschlesiens an Polen
Sudetenland an die Tschecho-Slowakei — 3,5 Millionen Deutsche
Anschlußverbot für das verkleinerte Österreich
Süd-Tirol an Italien —
Sämtliche Kolonien —

Die Reparationssumme wurde im Januar 1921 erstmalig definiert: 226 Milliarden Goldmark in 42 Jahresraten, jährlich von 2 bis 6 Milliarden ansteigend. Die Reparationskommission reduzierte auf 223,5 Milliarden, schließlich wurden 132 Milliarden ultimativ unter Androhung der Besetzung des Ruhrgebietes gefordert. Das Ruhrgebiet wurde schließlich besetzt. Zwischenzeitlich glitt Deutschland in eine ungeheuere Inflation: Im Januar 1922 zahlte man für einen Dollar 200 Mark, im Juli = 500, im Januar 1923 = 18.000 Mark, im Juli 1923 = 350.000, im August 1923 = viereinhalb Millionen, im September fast 100 Millionen, im Oktober 25 Milliarden, am 15. November 1923 (Ende der Inflation) = 4,2 Billionen. — Und "clevere ausländische Geschäftsleute" nutzten diese Zeit, um sich in Deutschland einzukaufen. — Welche Probleme haben gerade diese Tatbestände angereichert! Die mit dem Versailler Frieden verbundenen Abrüstungsbedingungen usw. schienen demgegenüber harmlos. Der chronische Ohnmachtszustand Deutschlands diesen Entwicklungen gegenüber auf der einen Seite und der hierdurch noch stärker angefachte Hochmut auf der anderen, der sich insbesondere bei Polen und Tschechen in einem fatalen Volkstumskampf entlud, haben — ganz abgesehen von der kommunistischen Revolution in Rußland und in anderen Ländern — Verhältnisse geschaffen, die bei Beeibehaltung "der Ordnungsgrundlagen von Versalles" nicht friedlich regelbar waren.



Deutschlands Verstümmelung
1919
NORD-SCHLESWIG
4000 qkm 167000 Einw.
MEMELLAND
2700 qkm 141000 Einw.
DANZIG
OSTPREUSSEN
WESTPREUSSEN
17 250 qkm 1284000 Einw.
SOLDAU
500 qkm 24000 Einw.
POSEN
Bentschen
160 km
26000 qkm 1944000 Einw.
POLEN
OBER-SCHLESIEN
3270 qkm 1000000 Einw.
HULTSCHINER-LAND
286 qkm 45000 Einw.
HOLLAND
DEUTSCHES REICH
Unbesetzes Reichsgebiet nach Auswirkung des Vertrages:
Berlin
436000 qkm Land. 53500000 Einwohner.
Verluste des Deutschen Reiches:
Gesamtverluste des Reiches an Land und Leuten rund 3 Mill. qkm und 20 Mill. Menschen. (davon 3791000 Deutsche in den abgetretenen Gebieten und 12300000 Bewohner deutscher Schutzgebiete.)
1900000 Tote im Weltkrieg.
4500000 Verwundete.
763000 Opfer der Hungerblockade.
Verluste Deutsch-Österreichs.
(Größe: 83991 qkm)
(Einwohner: 6500000)
Vorenthaltene u. entrissene Gebiete:
Deutsch-Südtirol, Kanaltal, Mießtal, Seeland, Unter-Drauburg, Süd-Steiermark, Restgebiete des Burgenlandes
(St. Gotthard, Raab, Güns, Ödenburg, Altenburg, Wieselburg, Preßburg)
RHEINLAND
1000 qkm 61000 Einw.
EUPEN
MALMEDY
2000 qkm 650000 Einw.
LOTHRINGEN
ELSASS
14520 qkm 1900000 Einw.
SUDETENDEUTSCHE
3123000 Deutsche
TSCHECHOSLOWAKEI
ÖSTERREICH
ÖSTERREICH
6300000 Deutsche
TIROL
SÜDTIROL
8361 qkm 212605 Dtsche.
KÄRNTEN
SÜDSTEIERMARK
BURGENLAND
1975 qkm 181813 Einw.
SCHWEIZ
HILLEN
Vom Reiche u. Österreich ohne Volksabstimmung abgetr. Gebiete
Abstimmungsgebiete
Für Deutschland verloren
Bei " verblieben
Abstimmung nach 15 Jahren
Schein-Abstimmung
Besetztes Gebiet
Niemals verzichten!
Im Jahre 1928 im Auftrage der Reichsregierung für den offiziellen Schulgebrauch herausgegeben.

# „Wirtschafts wunder" im Dritten Reich

Es ist in den letzten Jahren üblich geworden, in Zeitungen, Zeitschriften, im Rundfunk und im Fernsehen von der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg als den "goldenen zwanziger Jahren" zu sprechen. Das muß bei denen, die diese Zeit nicht miterlebt haben, einen falschen Eindruck erwecken. Die zwanziger Jahre dieses Jahrhunderts waren furchtbare Jahre, von Anfang bis Ende für den größten Teil des deutschen Volkes. Entstanden ist dieser Begriff aus dem Wiedererwachen von Kunst, Literatur und Musik, die im Kriege und in der unmittelbaren Nachkriegszeit erloschen schienen. Die Wiederbelebung des geistigen Lebens fand vornehmlich in der Hauptstadt Berlin statt oder in Städten wie München, Hamburg und Frankfurt. Die zwanziger Jahre in Deutschland allgemein als die "goldenen" zu bezeichnen, ist eine groteske Geschichtsfälschung. Die ersten vier Jahre wurden durch den Verfall der Reichswährung in einer Inflation ohne Beispiel bestimmt.

Im Januar 1923 wurde der Dollar noch mit 18.000 Mark notiert, Banknoten über eine Million Mark waren aber schon zum Zahlungsmittel geworden. Bis zum 25. Oktober 1923 war der Kurs der Mark neu auf 40 Milliarden Mark für einen Dollar gestiegen. Am 15. November 1923 endete der Spuk. Finanzpolitisch und volkswirtschaftlich gesehen gelang der Regierung Stresemann während ihres kurzen Bestehens mit Hilfe von Schacht als Reichswährungskommissar und Luther als Reichsfinanzminister die Durchsetzung einer neuen, stabilisierten Währung. Nach zehn Jahren Weltkrieg, Bürgerkrieg und Verfall war ein neuer Anfang gesetzt.

Aber wer nicht über Sachwerte verfügte, war verarmt und mittellos. Das gesamte Geldkapital wurde ausgelöscht, denn für eien Billion - 1.000 Milliarden Papiermark gab es nur eine Rentenmarke. Auch das Kapital der meisten vor der Inflation gut finanzierten Firmen war durch die Geldentwertung radikal zusammengeschmolzen. Jahrelang schwand das Umlaufvermögen dahin, weil zu lange mit wertvollen Devisen eingekauft und zu Papermark verkauft werden mußte. Der gewaltige Geldstrom aus rasch ansteigender Auslandsverschuldung vernebelte zunächst die Wirklichkeit.

Es schien dann ein kurzes Zwischenhoch zu geben, aber es gelang dem demokratisch-parlamentarischen System der Weimarer Republik nicht, eine Regierung auf die Beine zu stellen, die die soziale, finanzielle und wirtschaftliche Lage in den Griff bekam. Da der Reichstag lebensfähige, d.h. effiziente Regierungen nicht zustande brachte, berief Reichspräsident Hindenburg am 29. März 1930 das erste Präsidial-Kabinett. Brüning versuchte, die Inflation durch Deflation abzulösen, aber das hieß letztlich, den Teufel durch Beelzebub austreiben. 1932 war fast ein Drittel der arbeitenden Bevölkerung arbeitslos, das Einkommen der Arbeiter war von 23,9 Milliarden RM im Jahre 1929 auf 11 Milliarden 1932 gesunken. Nach der Steuerstatistik verdienten von rund 31 Millionen sogenannten Einkommensbeziehern 69,2 Prozent unter 1.200 Mark im Jahr, 21,7 Prozent zwischen 1.200 und 3.000 Mark pro Jahr und nur 7,1 Prozent darüber. Auf zehn Beschäftigte entfielen 4,3 Arbeitslose.

Als am 30. Januar 1933 Reichspräsident Hindenburg Hitler mit der Bildung einer neuen Reichsregierung beauftragte, war ein unvorstellbarer Tiefpunkt der wirtschaftlichen und sozialen Lage erreicht. Von insgesamt 18 Millionen "vorhandenen" Arbeitern und Angestellten gingen nur ca. 12 Millionen einer Beschäftigung nach. Von den ca. 6 Millionen Arbeitslosen war über ein Drittel aus der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge ausgesteuert; sie erhielten als "Wohlfahrtserwerbslose" im Durchschnitt nur 55 RM pro Monat Unterstützung. Die Vergütung der bessergestellten Arbeitslosen lag etwa 15 bis 20 RM im Monat höher. Trotzdem mußten 1932 für die Arbeitslosen insgesamt 4 Milliarden RM aufgewandt werden. Das waren 16 Prozent der Summe aller Löhne und Gehälter, 9 Prozent des gesamten Volkseinkommens und 57 Prozent der gesamten jährlichen Einnahmen von Reich und Ländern. Das "Einkommen je Kopf der Bevölkerung" war von 1929 mit 1.187 RM bis 1932 auf 627 RM zurückgegangen. Um das Ausmaß der Verelendung zu ermessen, muß man wissen, daß z.B. in der Bundesrepublik Deutschland 1968 dieselbe statistische Größenordnung 8.759 DM betrug.

Im Februar 1933 bestand eine Auslandsverschuldung von ca 19 Milliarden RM. Um einen Begriff davon zu geben, was 19 Milliarden RM damals bedeuteten: die Auslandsverschuldung in Beziehung gesetzt zur Jahresausfuhr entsprach etwa 3,3 Jahren Warenausfuhr. Mit der Bundesrepublik von 1969 verglichen würden 3,3 Jahre Ausfuhr 374 Milliarden DM bedeuten!

Begriffe wie "Tiefstand der Konjunktur" oder "Arbeitslosigkeit" charakterisieren die geschilderte Lage nur ganz unzulänglich. Nach dem spektakulären Aderlaß

durch die Inflation, den Zusammenbrüchen im Bankwesen und der sich immer mehr verschärfenden Arbeitslosigkeit war der größte Teil der Industrie am Ende seiner finanziellen Kräfte. Die Landwirtschaft verelendete durch Preisverfall und Absatzrückgang und wurde nur durch Moratorien und Pfändungsstops mühsam am Leben erhalten. Mehr als zwei Drittel des Volkes vegetierten ohne Hoffnung weit unter einem normalen Existenzminimum. Die Regierungen der letzten fünf Jahre hatten ihre Unfähigkeit in der Wirtschafts- und Sozialpolitik durch Ideenlosigkeit und antiquierte Wirtschaftsvorstellungen bis zum Staatsbankrott unter Beweis gestellt. Verelendung und Verzweiflung der Bevölkerung und Erbitterung gegen ein Regierungssystem, das das nicht zu ändern vermochte, waren die zwangsläufige Folge. In dieser Lage konnte es für die nationalsozialistische Regierung nur eine Wirtschaftspolitik geben: Kampf gegen die Arbeitslosigkeit sowie Arbeitsbeschaffung um jeden Preis.

Vor 1932 hatte der Fraktionsvorsitzende der NSDAP-Reichstags-Fraktion, Gregor Strasser, in einer großen, der Wirtschaftspolitik gewidmeten Rede sich entschieden gegen die Deflationspolitik und die Tatenlosigkeit der Regierung gewandt, die vorgebe, wegen Mangel an Kapital und Abhängigkeit von der Weltkonjunktur aus eigener Kraft keinen Ausweg aus der wirtschaftlichen und sozialen Katastrophe finden zu können. Strasser sagte damals u.a.:

*"Je ärmer ein Volk ist, desto mehr muß es arbeiten, denn: nicht Kapital schafft Arbeit, sondern Arbeit schafft Kapital!"*

Am 1. Februar 1933 kündigte Hitler im Reichstag an:

*"Die nationale Regierung wird das große Werk der Reorganisation der Wirtschaft unseres Volkes mit zwei großen Vierjahresplänen lösen: Rettung des deutschen Bauern zur Erhaltung der Ernährungs- und damit Lebensgrundlage der Nation. Rettung des deutschen Arbeiters durch einen gewaltigen und umfassenden Angriff gegen die Arbeitslosigkeit."*

Hitler rief zur "Arbeitsschlacht" auf. Nicht nur Regierung und Partei, sondern jeder Staatsbürger sollte mit Ideen und Anregungen zur Arbeitsbeschaffung beitragen. Die Regierung wollte durch große öffentliche Arbeiten einen ersten Anstoß geben, aber auch die Wirtschaft wurde aufgefordert, Initiativen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit zu ergreifen. Diese Aktion lief unter dem Motto: "Erst jedem einen Arbeitsplatz, dann jedem seinen Arbeitsplatz!"

Hitler war überzeugt, daß die furchtbare Lage nur zu überwinden sei, wenn eine gewaltige Welle der Mitwirkung des ganzen Volkes erreicht werden könnte. Er setzte daher alle Kräfte der Parteiorganisationen sowie den Propaganda-Apparat von Josef Goebbels konzentriert auf das eine Ziel ein: "Wir müssen und wir werden wieder Arbeit für alle schaffen." Das Wirtschaftswunder wurde Wirklichkeit, weil es gelang, einen aktivistischen Optimismus im ganzen Lande zu wecken und ein Klima allgemeiner Solidarität zu schaffen.



Werkskantinenessen nach 1933

(Foto: Hans Wagner)

Im Frühjahr 1937, d.h. nach vier Jahren seit Beginn der "Arbeitsschlacht", waren die 33 Prozent der Arbeitslosen auf nur noch 6,5 Prozent zurückgegangen und im Frühjahr 1938 (vor dem Anschluß Österreichs) gab es nur noch 507.000 statistisch gezählte Arbeitslose — 2,7 Prozent. Die Vollbeschäftigung war unter Berücksichtigung der Fluktuation fast erreicht und wurde Anfang 1939 Wirklichkeit. Die Zahl der zur Arbeit zur Verfügung stehenden Kräfte hatte sich außerdem in den fünf Jahren von 18 Millionen auf 20,5 Mill. erhöht. Von diesem Zuwachs entfielen allein 700.000 auf Frauen, die sich der Berufsarbeit neu zuwenden konnten.

In diesen fünf Jahren hatte sich die Zahl der gebauten Wohnungen gegenüber 1932 verdoppelt, die Investitionen der Verkehrswirtschaft waren bis 1938 mit 3,8 Milliarden RM gegenüber 1932 auf das 4,5 fache gestiegen. Von diesen Investitionen entfielen 1938 allein 45 Prozent auf den Straßenbau (davon schon 1934 178 Millionen RM für die Reichsautobahnen). Für 1938 lauteten die Zahlen 915 Millionen bzw. 50%. Die größte Steigerung erreichten die Industrie-Investitionen. Sie waren nach 2,6 Milliarden RM 1928 auf ein Tief von nur 439 Millionen 1932 abgesunken. Ein Betrag von 2,6 Milliarden wurde schon 1937 wieder überschritten und 1939 ein Industrie-Investitionsvolumen erreicht, das dem Zehnfachen von 1932 entsprach. Die Zahl der Personenkraftwagen und Lastkraftwagen hatte sich seit 1933 verdreifacht.

Die Beschäftigung der Industrie (Altreichsgebiet) steigerte sich nach den Indexzahlen (1928 = 100) in den sieben Jahren von 1932 bis 1938 um 112 Prozent, das

sind etwa 13 Prozent im Jahr. Die Gesamtumsätze der Wirtschaft stiegen (geschätzt nach Umsatzsteuerzahlungen) von 1932-1938 um das 2,6 fache. Das deutsche Volkseinkommen (Altreich) — in etwa dem heutigen Sozialprodukt vergleichbar — betrug 1939 ziemlich genau das Doppelte von 1932, nämlich 90 Milliarden RM. Das Jahreseinkommen der Arbeiter hatte sich seit 1932 gleichfalls mehr als verdoppelt. Dabei blieben die Preise fast stabil: Die Reichsindexziffern für Ernährung, Wohnung, Heizung, Bekleidung, Beleuchtung und diverse Gebrauchs- und Verbrauchsgüter stiegen in den gleichen Jahren insgesamt nur um 5,6 Punkte, d.h. um ca. 0,8 Prozent im Jahresdurchschnitt. Die Bruttoverdienste pro Woche stiegen von 1932 bis 1939 in absoluten Zahlen um 30 Prozent und in realer Kaufkraft um 22,6, also um über 3 Prozent im Jahr. Diese Zahlenreihen lesen sich wie eine Bilderbuchillustration zum Thema "Wachstum und Stabilität".

Entgegen einer weitverbreiteten Ansicht spielten für diese Wirtschaftsentwicklung die Aufwendungen für die Rüstung in den Jahren 1933/35 eine nur geringe, 1936/37 etwa eine normale und erst 1938/39 eine große Rolle. Sie blieben aber auch dann noch als Motor wirtschaftlichen Wachstums weit hinter den Investitionen für den nicht rüstungsbedingten Bereich zurück. Für Industrie, Landwirtschaft, Verkehr, Wohnungsbau, Energiewirtschaft und öffentliche Verwaltung wurden von 1933 bis 1939 rund 100 Milliarden RM investiert.

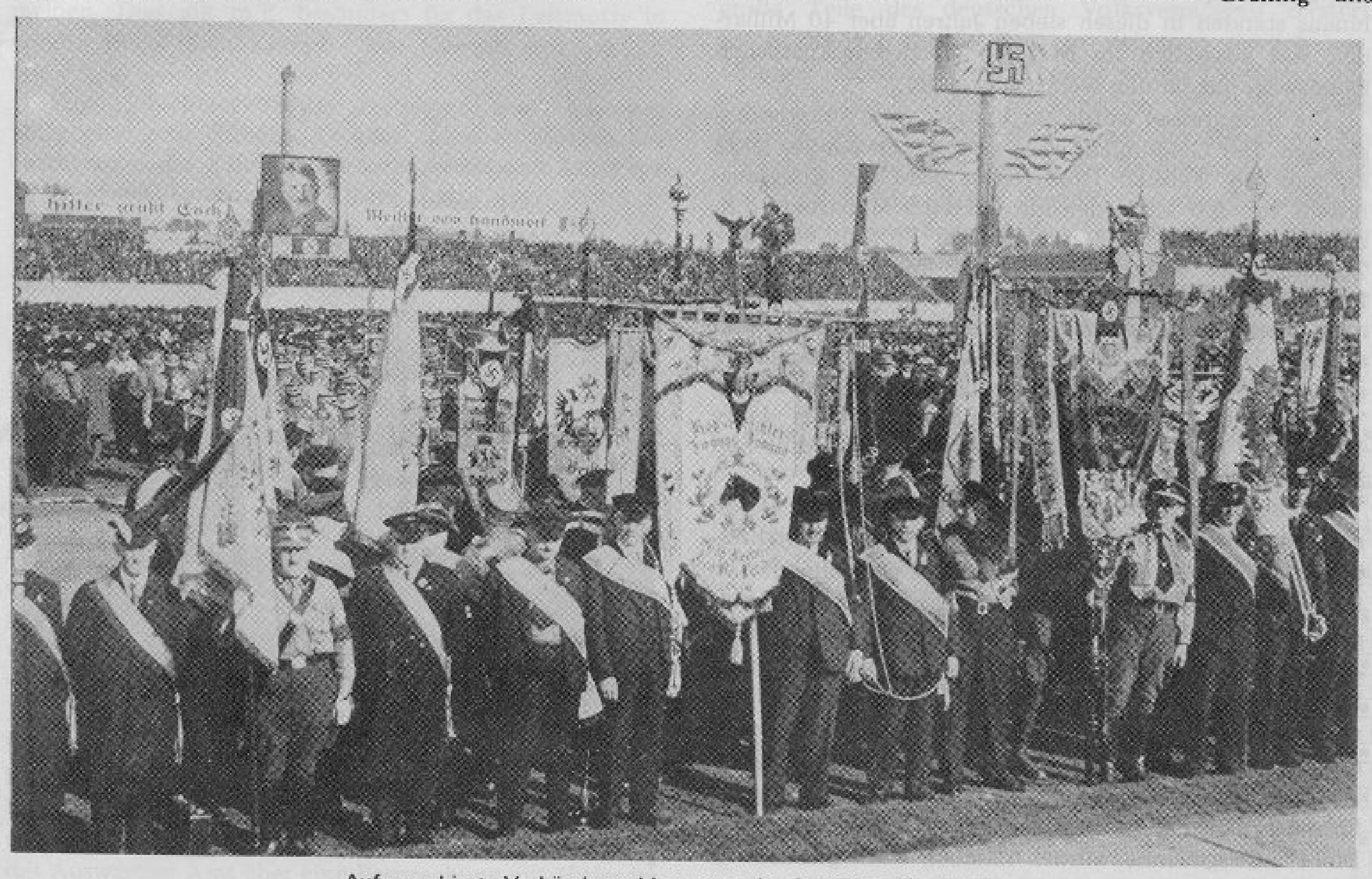
Die Ausgaben für Wehrmacht und Rüstung dagegen betrugen:

| | | | |
|---|---|---|---|
| 1933/34 | 1,9 Mrd. RM = | 4% des | Volkseink. |
| 1934/35 | 1,9 Mrd. RM = | 4% des | Volkseink. |
| 1935/36 | 4 Mrd. RM = | 7% des | Volkseink. |
| 1936/37 | 5,8 Mrd. RM = | 9% des | Volkseink. |
| 1937/38 | 8,2 Mrd. RM = | 11% des | Volkseink. |
| 1938/39 | 18,4 Mrd. RM = | 22% des | Volkseink. |

Nach den Berechnungen des Instituts für Konjunkturforschung betrug 1934 der Anteil der Rüstungsausgaben am Volkseinkommen in Großbritannien 3,0%, in Frankreich (1932) 8,1%, in Japan 8,4%, und in Sowjetrußland 9,0%.

Ein 'normales' Maß an Ausgaben für Wehrmacht und Rüstung wurde erst überschritten, als die Arbeitslosigkeit nahezu beseitigt war.

Wie war ein solcher "Aufschwung nach Maß" finanzpolitisch überhaupt möglich? Erst im Jahre 1936 hat der englische Nationalökonom Keynes damit begonnen, seine bahnbrechenden Gedanken über eine aktive Konjunkturpolitik zu veröffentlichen. Die Finanzierung des Wirtschaftsaufschwungs im "Dritten Reich" beruhte auf ähnlichen Gedankengängen (Gregor Strasser: "Arbeit schafft Kapital"), wenn auch nicht auf so exakt angestellten wissenschaftlichen Überlegungen basierend. Der Aufschwung wurde durch "produktive Geldschöpfung" ermöglicht. Ausgesprochene Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wurden — wie schon unter Brüning und



**Aufmarschierte Verbände und Innungen des deutschen Handwerks am 15. Oktober 1933**

Papen, wenn auch damals im "Miniformat" — durch Zwischenschaltung verschiedener Trägergesellschaften von der Reichsbank auf Wechselbasis bei mehrfacher Prolongation finanziert. Die Gesamtaufwendungen für diese Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen beliefen sich in den Jahren 1933/36 auf ca. 5 Milliarden RM, von denen bis 1939 ca. 4 Milliarden durch Wechseleinlösungen über den ordentlichen Etat abgedeckt wurden.

Die bedeutenden Wirtschaftsinvestitionen für Österreich, das Sudetenland und das "Protektorat" wurden ganz überwiegend auf normalen wirtschaftlichen Kreditwegen mit "Reichsbürgschaften" finanziert. Für Rüstungsgüter wurden durch Sonderfinanzierung (Mefowechsel, Lieferschatzanweisungen, Steuergutscheine, Reichsbürgschaften und ähnliche Finanzierungsmittel) bis 1939 höchstens 20-25 Milliarden RM aufgewandt. Die Investitionen der die Rüstungsgüter erzeugenden Werke wurden durch vereinbarte Abschreibungen über den Preis finanziert und sind daher in den Kosten der Rüstungsgüter enthalten. Aufwendungen für den laufenden Bedarf der im Aufbau befindlichen Wehrmacht (Personalkosten, Baukosten und Inventar) konnten ganz überwiegend aus dem ordentlichen Etat bestritten werden, hatte sich doch das Aufkommen aus Steuern und Zöllen durch die Wirtschaftsbelebung von 6,8 Milliarden RM 1932 auf 23,5 Milliarden 1939 erhöht und damit mehr als verdreifacht! Allein aus dem Zuwachs von Steuern und Zöllen über das Niveau von 1933 hinaus standen in diesen sieben Jahren über 40 Milliarden RM zusätzlich im Etat zur Verfügung (natürlich keineswegs nur für den Wehrmachtsetat).

Die Notenpresse wurde zur Finanzierung nicht herangezogen. Der Geldumlauf stieg vom 31. Dezember 1932 bis zum 28. Februar 1939 (letzte Zahl vor Kriegsausbruch) von 5,6 Milliarden nur auf 10,9 Milliarden, d.h. die Umlaufmenge stieg um ca. 100 Prozent bei einer Zunahme des Wirtschaftsvolumens um mehr als 100 Prozent und einer Vergrößerung des Währungsbereichs nach Kopfzahl gemessen (Österreich, Sudetenland) um mehr als 15 Prozent. Die deutsche Auslandsverschuldung ging von 19 Milliarden im Februar 1938 zurück. Einem "Kapitalverzehr" von 2.894 Millionen RM im Jahre 1932 stand eine Geldkapitalbildung von 7.000 Millionen RM im Jahre 1938 gegenüber.

Wirtschaftskrise und Wirtschaftselend waren bis 1938 beseitigt. Ebenso war aber auch der zweite Vierjahresplan zu einem erfolgreichen Abschluß gekommen: Die Rettung des deutschen Bauern zur Erhaltung der Ernährungs- und Lebensgrundlage der Nation war in fünf Jahren gelungen. Das Preisniveau der aus der deutschen Landwirtschaft zum Verkauf gelangenden Erzeugnisse wurde von 1932/33 bis 1938/39 — stark differenziert — im Gesamtdurchschnitt um 35 Prozent heraufgesetzt. Aber die Reichsindexziffern der Lebenshaltungskosten für die Ernährung der Bevölkerung stiegen nur um 6,5%. Die Handelsgewinne wurden nämlich stark gekürzt. Es wurde durch die Preispolitik die wichtige Verlagerung vom Getreide weg zu Kartoffeln, Schlachtvieh und Milch erreicht. Die Betriebsabgaben stiegen von 1932/33 bis 1938/39 um 33 Prozent, die Verkaufserlöse in der gleichen Zeit um 72 Prozent. Der für die gesamte Landwirtschaft (Altreich) statistisch errechnete Betriebsüberschuß stieg in einer kontinuierlichen Linie von 766 Millionen RM 1932/33 auf 3.480 Millionen RM 1938/39, also auf über das Vierfache.

Die hier kurz geschilderte Entwicklung bedeutete für die Mehrheit des deutschen Volkes einen Ausweg aus Not, Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit zu einem anscheinend gesicherten lebenswerten Dasein und verschaffte bei der überwiegenden Mehrheit des Volkes einen Vertrauensfundus, der bis weit in die Kriegsjahre hinein erhalten blieb.

Hitler hatte das deutsche Volk — so glaubte man — aus einer ausweglosen Lage gerettet. Daneben verblaßte für den einzelnen, was immer an Fehlentwicklungen personeller oder anderer Art in Partei und Staat, an Mißbräuchen, Übertreibungen durch die Propaganda und Verhetzung gegen Andersdenkende bekannt, geflüstert oder offenkundig wurde. Ihm, Hitler, schrieb man es nicht zu; er würde auch dies eines Tages zu bereinigen wissen, so tröstete man sich. Das selbsterlebte Wirtschaftswunder wirkte als beherrschendes Erlebnis noch lange nach.



Gewaltige Einzelprojekte gelangten zur Durchführung. Kraftwerke, Wasserleitungen, Brücken, Autostraßen, Flugplätze, Kanäle, Talsperren, Kläranlagen. — Hier: Eine der damals größten Wasserleitungen der Welt, das Harzwasserwerk Osterode-Bremen ist begonnen worden!

# Hitlers außenpolitische Ziele

Diese mir von Historikern nahegelegte Thematik bringt mich etwas in Verlegenheit, denn sie setzt voraus, daß es außenpolitische Ziele Hitlers gegeben hat, die von Anfang an endgültig und unabänderlich feststanden oder — nach allgemeinem Konsensus — jetzt feststehen. So vermag ich das nach meinem Überblick nicht zu sehen.

Hitler ging nach seiner ganzen Denk- und Arbeitsweise bei wichtigen Problemen nie von einem festgefügten Plan aus, sondern brachte Entwicklungen durch eigene Aktivitäten oder Anstöße in Gang, verfolgte ihren Fortgang, kam oft sehr zögernd zu endgültigen Entschlüssen und trieb sie dann, wenn er die Entwicklung für reif hielt, entweder dynamisch vorwärts, gab ihnen eine andere Wendung oder blies sie ganz ab, wenn er zu anderen Erkenntnissen gekommen war. Das betraf sicher auch einen Teil der außenpolitischen Ziele, die wohl weder als zur Gänze feststehend, noch gar als weithin bekannt angesehen werden können, wie viele Historiker meinen. Dies gilt m.E. besonders für das Leitmotiv in seinem Buch Mein Kampf: "den Gewinn von Lebensraum".

Von 1934 bis 1938 war ich engster und vertrauter Mitarbeiter von Wilhelm Keppler, damals "Wirtschaftsbeauftragter des Führers". Er hatte schon viele Jahre vor 1933 engen Umgang mit Hitler, hatte über Baron v. Schröder die Verbindung mit v. Papen hergestellt und Hitler auch v. Ribbentrop zugeführt, bei dem er später Staatssekretär im Auswärtigen Amt wurde. In den Jahren enger Zusammenarbeit mit Keppler und bei gemeinsamen Reisen wurde ich nicht müde, Keppler über alles, was er über Hitlers Zukunftspläne wußte oder zu wissen glaubte, auszufragen (Keppler war nicht der Mann strikter Diskretion). Zu keinem Zeitpunkt war zwischen ihm und Hitler oder ihm und v. Ribbentrop, mit dem sich Keppler duzte, in den ganzen Jahren von "Lebensraum im Osten" oder gar einem "Ostimperium" als politischem Ziel die Rede gewesen, wohl aber von einer Revision, der Grenzziehung des Versailler Vertrages, der die preußischen Provinzen Posen, Westpreußen und Teile von Oberschlesien dem neu gebildeten polnischen Staat zugeschlagen hatte. Hitler wußte spätestens 1939 sehr wohl, daß wir weiteren "Siedlungsraum" im Osten, von dem er in den zwanziger Jahren geträumt hatte, weder benötigten noch hätten besiedeln können. In einem v. Neurath, dem damaligen "Reichsprotektor von Böhmen und Mähren", selbst diktierten Bericht an das Auswärtige Amt über eine Besprechung mit Hitler im Dezember 1939 heißt es:

*"Es wird davon abgesehen, das Land (Protektorat) in größerem Umfang mit Deutschen zu besiedeln, denn die Verdeutschung des neu-deutschen Ostens (Westpreußen, Posen, Oberschlesien) ist vordringlich und schon hierfür reicht die Zahl der deutschen Siedler kaum aus."*

Rückblickend glaubt man vielfach, daß alle außenpolitischen Ziele Hitlers aus seinem 1924/25 geschriebenen Buch "Mein Kampf" hätten abgelesen werden können.

Nun, ich habe als politisch hochinteressierter Staatsbürger "Mein Kampf" einmal auf einer Geschäftsreise nach den USA im Jahre 1929 auf dem Schiff gelesen; seitdem nicht wieder. Schließlich war es keine Bibel, an die man hätte glauben sollen. Der Gefreite des Ersten Weltkrieges hatte den I. Teil des Buches mit 35 Jahren im Gefängnis geschrieben, fünf Jahre nach dem Zusammenbruch des Reiches; zu der Zeit also, als die Inflation große Teile des deutschen Volksvermögens zerstört hatte. Es war keine Zeit, in der man geneigt war, Utopien nachzuträumen. Damals waren Österreich und die Tschechosloswakei — künstlich neu konstruierte Staatsgebilde — kaum fünf Jahre alt: Österreich ein "Staat wider Willen", denn seine Bevölkerung hatte den Anschluß an das Reich gewollt, und die Tschechoslowakei (zu einem bedeutenden Teil die alten Reichslande Böhmen und Mähren) bestand aus fünf Nationen, von denen die herrschenden Tschechen nicht ganz die Hälfte der Bevölkerung darstellten. Es bestand damals kein Anlaß anzunehmen, daß es sich bei diesen Gebilden um geschichtlich endgültige Lösungen handeln müßte.

> Wenn Hitlers Buch eine Revision der territorialen Bestimmungen des Versailler Vertrages verlangte (ohne Elsaß-Lothringen, das Hitler ausgenommen sehen wollte), so brauchte man daraus noch keine Hitler'schen "Kriegsziele" abzuleiten. Die Welt tat das damals nicht, und wir auch nicht. Schließlich haben ja die Ergebnisse bis Ende 1938 gezeigt, daß Revisionen tatsächlich ohne Blutvergießen möglich waren: Österreich, Sudetenland und 1939 sogar Böhmen und Mähren.

Dreierlei konnte allerdings jeder über die außenpolitischen Ziele Hitlers wissen:

Er würde zur gegebenen Zeit eine Revision der territorialen Bestimmungen der Verträge von Versailles, St. Germain und Trianon betreiben. Er würde die Gleichberechtigung des Reiches auch bezüglich der Stärke und Rüstung der Reichswehr verlangen. Außerdem schwebte ihm damals — ziemlich vage — die Ausdehnung des "deutschen Lebensraumes" — was immer das heißen mochte — vor.

Nach dem Anschluß Österreichs, des Sudetenlandes, der Bildung des Protektorates und der Wiederangliederung der alten preußischen Provinzen Posen, Westpreußen und Oberschlesien schien diese Problematik wohl den meisten abgeschlossen und vom Tisch.

Aber wir befanden uns im Kriegszustand mit Frankreich und England als Garantiemächten des besiegten Polen, und dieser Krieg hatte bestimmt nicht zu den außenpolitischen Zielen Hitlers gehört! Wir waren auch auf diesen Krieg mit zwei Großmächten zugleich sicher nicht vorbereitet, und Hitler hatte ihn zumindest nicht zu diesem Zeitpunkt erwartet oder gewollt. Weder die Wirtschaftsadministration noch die Großindustrie hatten die Möglichkeit gehabt, sich zu den bisher geschilderten außenpolitischen Aktivitäten Hitlers vorab eine eigene Meinung zu bilden. Niemand hatte sie unterrichtet oder nach ihrer Meinung befragt.



Betriebskundgebung

Mein damaliger Chef, Reichswirtschaftsminister Funk, erfuhr von dem Einmarsch in Österreich, von der Konfliktentwicklung um das Sudetenland und von der Planung des Protektorates so gut wie nichts. Auch Funk war weder nach seiner Meinung gefragt noch angewiesen worden, Vorbereitungen zu treffen. Er war auf die Zeitungen und die öffentlichen Verlautbarungen angewiesen wie wir alle.

Es muß klar gesagt werden: Wir hatten formell, aber nicht tatsächlich ein Reichskabinett, das Beschlüsse faßte. Von den Reichsministern wurde außer v. Ribbentrop nur Göring als quasi Hitler-Stellvertreter, und auch das nicht immer, in frühen Planungsstadien zu Rate gezogen oder in Aktionen eingeweiht. Nicht konkrete Informationen, sondern Gerüchte bestimmten deshalb die "außenpolitische" Szenerie, die z. B. in der Wirtschaftsadministration und der Industrie vom Kenntnisstand über die Aufrüstung abgeleitet werden konnte. Das Thema der Aufrüstung wird daher in einem späteren Abschnitt dieses Beitrages gesondert behandelt.

Zunächst aber erscheint es notwendig, generell etwas über das Verhältnis der Wirtschaft und insbesondere der Industrie und Großindustrie zu Partei und Regierung im Dritten Reich zu sagen, da hier zum Teil selbst bei Historikern abenteuerliche Vorstellungen zu bestehen scheinen.

# Partei und Wirtschaft im Dritten Reich

Man kann und darf hier nicht von der Wirtschaft als einer Art monolithischem Gebilde mit gleichgelagerter Denkweise, gleichgelagerten Interessen und gleichgelagerten politischen Überzeugungen und Zielen sprechen. So etwas hat es weder im Kaiserreich noch in der Weimarer Republik noch im Dritten Reich gegeben, und so etwas gibt es ja auch heute nicht; man muß also differenzieren. Wenn ich im folgenden eine entsprechende Kurzskizze entwerfe, so möchte ich mich für ein solches Vorhaben in aller Gedrängtheit legitimieren: Bereits vor 1933 habe ich in einer Reihe von Wirtschaftsverbänden mitgearbeitet; 1933 bis 1942 war ich Präsident der Industrie- und Handelskammer für die Niederlausitz und Vizepräsident der Wirtschaftskammer Berlin-Brandenburg.

Etwas später gehörte ich auch dem Präsidium der Reichswirtschaftskammer an. Sehr viele Präsidenten und Geschäftsführer der Kammern im Reichsgebiet waren mir über ein Jahrzehnt hinweg dienstlich und z. T. auch persönlich gut bekannt. In der NSDAP war ich von 1933 bis 1942 Gauwirtschaftsberater sowie Mitglied der Kommission für Wirtschaftspolitik und kannte aus parteiinternem Verkehr, von Tagungen, Kameradschaftsabenden und anderen Anlässen etwa zwei Drittel der Gauleiter, dazu alle Gauwirtschaftsberater im Reichsgebiet.

Seit meiner ausschließlichen Tätigkeit im und für den Staat in mannigfachen, zuletzt führenden Positionen lernte ich die wichtigsten Persönlichkeiten innerhalb und außerhalb der Wirtschaftsorganisationen dienstlich und viele persönlich zum Teil gut kennen. Ich war also "Mitarbeiter" und "Tatzeuge" zugleich und weiß, wovon ich rede, wenn ich hier folgende Feststellungen treffe:

a) Bauern und Landvolk gehörten zu den ersten und eifrigsten Anhängern Hitlers und stimmten schon zeitig in ihrer Mehrheit für die NSDAP. Schon vor der Machtergreifung wurden viele Spitzenstellungen in den landwirtschaftlichen Organisationen mit Nationalsozialisten besetzt. Gleichzeitig wurden ab 1933 die verbliebenen Groß-Agrarier deutschnationaler Prägung, die zu Zeiten Hindenburgs über und durch ihn politischen Einfluß besessen hatten, fast vollständig aus den Organisationen verdrängt. In dem für das landwirtschaftliche Geschehen nächst dem Reichsernährungsministerium tonangebenden Reichsnährstand, dem alle Landwirte qua Gesetz als Mitglieder angehörten, spielten die Nationalsozialisten die entscheidende Rolle. Der Reichsnährstand und seine Führung identifizierten sich mit Ausnahme der meisten Großagrarier mit Partei und Staat und standen der für ihre Begriffe "kapitalistischen" gewerblichen Wirtschaft eher mit Skepsis gegenüber. Unter anderem hatten sie das Gefühl, zu einer fast vollkommenen Preisstabilität für ihre Produkte angehalten zu werden, obwohl Preisstabilität für ihre Betriebsmittel von der gewerblichen Wirtschaft zunächst nicht zugebilligt wurde. Der Reichsnährstand galt in der "Partei" als 'weltanschaulich gefestigt' und fachlich hervorragend. Die Agrarwirtschaft und ihre Organisation erfüllten ihre "Pflicht für Volk und Staat", wie sie sie sahen, optimal bis zum bitteren Ende.

b) Der gewerbliche Mittelstand, also Handwerk, Einzelhandel und Kleinindustrie, aber auch ein sehr hoher Prozentsatz der Angehörigen freier Berufe gehörten wie die Landwirtschaft frühzeitig zu den Anhängern Hitlers. Als Nebenorganisation der Partei spielte der "Kampfbund für den gewerblichen Mittelstand" bei Wahlen und Propaganda vor 1933 eine bedeutende Rolle. Das "Gesetz zum Schutze des Einzelhandels" gehörte 1933 mit zu den ersten Gesetzen der neuen Regierung.

c) Das Sparkassen- und Genossenschaftsbankwesen fügte sich bei seiner regionalen Verankerung schnell und ohne Reibungen in den NS-Staat ein. Privatbanken und vor allem Großbanken wurden im großen und ganzen als anti-nationalsozialistisch eingestellt beargwöhnt, denn die Partei empfand sich durchaus und eindeutig als "anti-kapitalistisch", was immer man darunter verstehen mochte. Ein Vorstandsmitglied der reichseigenen Großbank "Reichskreditgesellschaft" wurde als Leiter der Reichsgruppe Banken präsentiert, und Vorstände und Aufsichtsräte der Großbanken wurden nach Ausscheiden jüdischer Mitglieder teilweise mit Anhängern und Sympathisanten des Nationalsozialismus oder solchen, die dafür galten, besetzt, aber die Beziehungen zwischen Partei und Banken waren allgemein mindestens kühl.

Einen ins Gewicht fallenden wirtschaftlichen oder gar wirschaftspolitischen Einfluß hatte die Bankenwelt nicht. Sie erholte sich nur langsam von der Bankenkrise 1931/32 (Zusammenbruch von Darmstädter und Dresdner Bank). Nach zwei bis drei Jahren rascher Vollbeschäftigung im Dritten Reich gewannen sie an Kraft und Unternehmungsgeist und waren sehr aktiv in der Ausbreitung ihres (auch industrielle ) Interessenbereiches auf Österreich, das Sudetenland und das Protektorat und die wiedergewonnenen Ostprovinzen des Reiches. Erstrebte Aktivitäten auch in den besetzten Westgebieten mußten gebremst werden.

Dr. Hjalmer Schacht wurde gewiß nicht von den Banken als Reichsbankpräsident und später als Reichswirtschaftsminister präsentiert oder auch nur begünstigt,

sondern Schacht startete als Einzelgänger in der Harzburger Front und suchte Anschluß an Kepplers Freundeskreis und Hitler selbst. Als geschäftsführender Reichswirtschaftsminister von 1934 bis 1937 wurde er von der Großindustrie als Schutzherr aufgebaut und zum Teil — z.B. im Streit mit der Stahlindustrie über die Errichtung der Reichswerke "Hermann Göring" — politisch mißbraucht.

Er gerierte sich bald bewußt, beinahe parteifeindlich. Seine Abneigung wurde in der "Partei" kräftig erwidert. Der mit Göring 1937 entbrennende Streit um dessen Weisungsbefugnisse als Beauftragter für den Vierjahresplan gegenüber Schacht als Reichswirtschaftsminister war aber die eigentliche Ursache seines Sturzes als Reichswirtschaftsminister.

d) Bereits vor dem Machtwechsel im Jahre 1933 gab es in den Reihen der Unternehmer aus der Klein- und Mittelindustrie eher vereinzelt überzeugte Anhänger der NSDAP und in größter Zahl Sympathisanten. Der rasche Erfolg der Arbeitsbeschaffungspolitik der NS-Regierung, die etwa ab 1937 in Vollbeschäftigung mündete, die nationalsozialistische Sozialpolitik (Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit und Aktivitäten der Arbeitsfront) und die Festigung des Nominallohnniveaus (die Nebenleistungen stiegen erheblich) beseitigten anfängliche Skepsis und veranlaßten bald zahlreiche Industrielle zu vertrauensvoller und engagierter Zusammenarbeit und zur Bereitschaft zu umfassender ehrenamtlicher Tätigkeit in den Wirtschaftsorganisationen. Die Industrie- und Handelskammern und ihre Spitzenorganisationen wurden daher bald ganz überwiegend von aktiven Nationalsozialisten geleitet, die auch das Vertrauen der örtlichen Parteiorganisationen besaßen. Ebenso fanden sich für die Leitung und die Beiräte der zentralen Wirtschaftsgliederungen, wie Fachgruppen, Wirtschaftsgruppen und Reichsgruppen, eine Fülle von Unternehmerpersönlichkeiten zu intensiver Mitarbeit und großem Kräfteeinsatz bereit. Das alles gilt für die Kreise der Klein- und Mittelindustrie, also vor allem die Unternehmer der Verbrauchs- und Gebrauchsgüterindustrie und der Produktionsgüterindustrie im weitesten Sinne. Sie waren es schon im Kaiserreich und in der Weimarer Republik nicht gewöhnt, etwa über die politischen Parteien ins Gewicht fallenden Einfluß auf die Wirtschaftspolitik nehmen oder gar die "große Politik" beeinflussen zu können. Dazu reichte z.B. selbst das Gewicht der "Deutschen Volkspartei", die in der Weimarer Republik der Industrie besonders nahestand, nicht aus.

e) Eine besondere Rolle außerhalb und neben der allgemeinen Industrie hatte politisch schon in der Weimarer Republik die "Schwer- oder Großindustrie" gespielt, zu der man im allgemeinen etwa die eisenschaffende Industrie, den Bergbau, die Großchemie, die Großelektroindustrie und Teile des Schwermaschinenbaus zählte, schließlich auch Großwerften und den Rüstungssektor, der aber in der Weimarer Republik quantitativ nur eine eher bescheidende Rolle spielte. Klar abzugrenzen war der Begriff "Großindustrie" nicht so leicht. Es waren eben die "Großen", die man mehr an ihren Familiennamen als den Firmennamen kannte: Krupp, Thyssen, Röchling, Stumm, Klöckner, Pönsgen, Vögler, Siemens, Bosch, Helfferich, Schaffgotsch, Friedrich Flick und natürlich die IG-Farben AG und manche andere. Sie verschafften sich vor 1933 durch besonders organisierte und gepflegte direkte Beziehungen zu Regierungskreisen im weitesten Sinne, zu Diplomaten, Ministerialbeamten, Großbanken und Reichswehrdienststellen Informations- und Einflußmöglichkeiten auch außerhalb des Verbandswesens, über die andere Industrielle nicht verfügten. Dieses Informations- und Einflußnetz wurde dadurch untermauert, daß mit Hilfe von ansehnlicher finanzieller Unterstützung der "wirtschaftsfreundlichen" Parteien wie der Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei (DVP) Gewährsmänner als Abgeordnete lanciert wurden oder einige Industrielle sich gar selbst als Abgeordnete im Reichstag aufstellen ließen, wie Hugenberg, Helfferich, Vögler und andere.

Ich habe in den zwanziger Jahren selbst in der DVP, deren Mitglied ich damals war, beobachtet, wie hinter den Kulissen agiert wurde: nüchtern, sachbezogen, eher harmlos und naiv als raffiniert oder gar diabolisch. Auch an Presseorganen besaß man Beteiligungen oder unterstützte sie finanziell. Hugenberg gar schuf für die Deutschnationale Volkspartei ein eigenes Presseimperium und erwarb die UFA als Filmmedium. Bei dem verhältnismäßig engen Kreis der in der Weimarer Zeit in Politik und Regierung wirklich echten Einfluß ausübenden Persönlichkeiten stellte die Großindustrie vor allem in Wirtschafts-, Finanz-, Steuer-, Handels- und Rüstungspolitik (nicht in der Außenpolitik) einen Einfluß ausübenden Block dar, wenn er auch bei der parlamentarischen Stärke von Sozialisten, Kommunisten und Zentrum beileibe nicht die Macht und den Einfluß hatte, den die Kommunisten ihnen als angeblich hinter den Kulissen herrschendem "Monopolkapital" andichteten. Sie erstrebten — außer vielleicht Hugenberg — auch nicht politische Macht. Sie wollten die Geschäftsinteressen ihrer Großunternehmen im In- und Ausland und bei Staatsaufträgen sichern und fördern und allzu große Steuer- und Soziallasten abwehren. Sie konnte auch parlamentarisch vielleicht manches verhindern und umbiegen, aber *bewirken konnten sie wirklich Wichtiges nicht.*

Vor dem Nürnberger Gericht hat Friedrich Flick bekannt: Ein Unternehmen müsse mit jeder Regierung leben und arbeiten können. Er habe daher auch in der Weimarer Zeit alle parlamentarischen Parteien — und deren gab es viele — immer mit Geld unterstützt, "mit Ausnahme der Kommunistischen Partei". Aber der politische Einfluß der "Großindustrie" reichte nicht soweit, daß in der Zeit der Weimarer Republik auch nur eine einzige Regierung auf die Beine gestellt wurde, die die Kraft und Fähigkeit besessen hätte, die finanziellen und industriellen Probleme der deutschen Wirtschaft nach dem Währungszusammenbruch einer Lösung entgegen-

zuführen, die im vollen Gange befindliche Verelendung des deutschen Volkes zu stoppen und eine neue Vertrauensbasis zu schaffen.

Im März 1930 beauftragte der Reichspräsident v. Hindenburg Heinrich Brüning, ein erstes "Präsidialkabinett" zu bilden. Die Weimarer parlamentarische Republik als solche war damit am Ende.

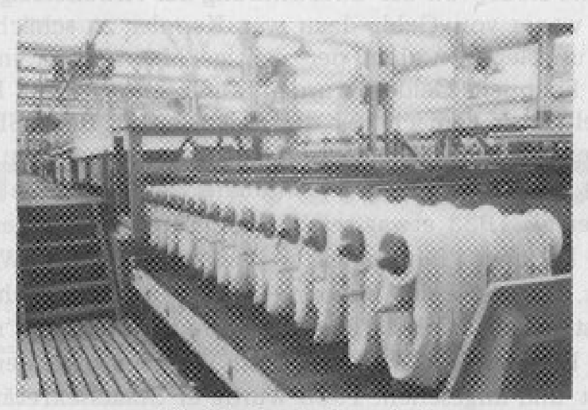
Der in jeder Beziehung Respekt verdienende Dr. Brüning hatte den in den letzten Jahren der parlamentarischen Demokratie verlorengegangenen Mut zum Regieren. Ihn umgab jedoch von Anbeginn an die Aura einer gewissen Weltfremdheit; es war wahrscheinlich auch seine asketische Gesinnung und die auf den Reichshaushalt fixierte Betrachtungsweise, die ihm den Einblick in die tatsächliche wirtschaftliche und soziale Lage des deutschen Volkes versperrte und ihn auf den völlig unlogischen Weg führte, eine in rapidem Abschwung befindliche kranke Wirtschaft durch massive Deflation heilen zu wollen.

Auf den Kampf um die Beseitigung der Reparationen fixiert und der Außenpolitik zugewandt, kam es ihm nicht ausreichend zum Bewußtsein, daß er ein Volk und eine Wirtschaft regierte, die durch ständige steigende Arbeitslosigkeit einer totalen Hoffnungslosigkeit und Verelendung verfielen.

Der letzte Reichskanzler der Weimarer Republik, der in wirtschaftlichen Dingen ahnungslose Reaktionär v. Papen, war an sich vielleicht ein Mann nach dem Herzen von Großagrariern und Großindustrie. Sie hatten Einfluß auf ihn, nur er selbst hatte auf niemanden und nichts Einfluß und verschwand so schnell wie er gekommen war. Hitler wurde Reichskanzler.

Für die Großindustrie kündigte sich eine neue Ära schon 1930 an, als 107 Nationalsozialisten in den Reichstag gewählt wurden.

Man muß es ganz drastisch sagen: für die Großindustrie brach mit der Machtübernahme Hitlers am 30. Januar 1933 die politische Informations- und Einflußposition, die sie sich in den 15 Weimarer Jahren geschaffen hatte , ersatzlos zusammen. Die bisherigen parlamentarischen Stützpunkte und Beziehungen im Reichstag verloren ihren Wert, Presse- und Filmbeeinflussung waren nicht mehr möglich, die befreundeten Deutschnationalen verschwanden sehr bald aus der Regierung von Reich und Ländern. Die Diplomatenkreise wurden durchforstet. Kaum ein altbekannter Landrat, Oberbürgermeister, Regierungspräsident oder Oberpräsident blieb auf seinem Posten. Wohin man sah: neue Leute. Nur die Verbindungen zur mittleren Ministerialbürokratie blieben bestehen, aber ihr Einfluß war stark gemindert. Für die fachlichen Industrieverbände, die Präsidenten der Industrie- und Handelskammern und für die Reichsgruppe "Industrie" waren die bisherigen Exponenten der Großindustrie nicht mehr gefragt und nur wenige geduldet. Denn die NSDAP war in ihrem Selbstverständnis zweifellos antikapitalistisch. Die Großindustrie stand politisch vor einem Vakuum. Man muß dies alles mit aller Deutlichkeit sagen, um die ganze Unsinnigkeit der Behauptungen klarzulegen, die ursprünglich von kommunistischer Seite lanciert und von zahlreichen "Historikern" der "DDR" schnell aufgegriffen wurde: Die Wirtschaft oder die Großindustrie hätten Hitler an die Macht gebracht bzw. vor und nach der Machtergreifung finanziert. Das hat mit den Tatsachen nichts gemein. Natürlich konnten im Jahre 1932 und Anfang 1933 die Großindustriellen nicht wissen, wie das alles 1933/34 kommen würde. Aber sie begannen es zu ahnen, als Papen für sie zum 'Fehlschlag' wurde. Erst ab 1932 wurden neue Verbindungen zur NSDAP geknüpft (die wirkliche Bezeichnung "nationalsozialistische Arbeiterpartei") war ihnen fatal.



Die Werke arbeiten wieder

Es war schwer genug und geschah — von weniger bedeutenden regionalen Kontakten abgesehen — zentral für das Reichsgebiet als Ganzes im wesentlichen auf vier Wegen. Hitler gab seinem damaligen Wirtschaftsberater Wilhelm Keppler, einem sehr erfolgreichen badischen Fabrikanten, die Anregung, zur Erweiterung seines Gesichtsfeldes und zur Vorbereitung seiner gesamtwirtschaftlichen Informationen und Beziehungen informelle Berater um sich zu scharen, und so entstand der "Keppler- Freundeskreis", zu dem später Himmler Beziehungen aufnahm. Keppler gewann Persönlichkeiten seines Bekanntenkreises zunächst aus der mittelständischen Industrie dafür. Je näher die Stunde X rückte, um so leichter ging es. Aber es wurden dafür keine Leute präsentiert, sondern höchstens akzeptiert und sie mußten von Kepplers Art sein, große wirtschaftliche Erfahrung sowie einen gesunden Menschenverstand besitzen, eher bieder, weder ehrgeizig noch großspurig sein. Schacht gehörte lose dazu und führte seinen Mitarbeiter Blessing ein. Aus dem Reichsfinanzministerim gehörte dazu Ministerialdirektor Olscher, ferner ein Helferich-Bruder, der ein erfolgreicher Textilindustrieller war, der Bankier Baron v. Schröder, der ehemalige U-Boot-Kommandant Steinbrink aus der Flick-Gruppe, sowie Bosch und Oetker; zu Siemens bestanden Beziehungen.

All das ist mehr oder weniger bekannt. Ich habe sie später nach 1933 alle gekannt, und es ist viel darüber geschrieben worden. Von der Gestaltung der Zukunft war die Rede, von der Überwindung der Arbeitslosigkeit, aber wenig von Geld: dazu war Keppler zu schüchtern und ungelenk — nicht der richtige Mann. Aber in der Zeit knappen Geldes wurden auch aus diesem Kreis Mittel flüssig gemacht für die Reichsleitung der NSDAP. Gauleitungen, Kreisleitungen, Ortsgruppen mußten sich selbst finanzieren. Verständlicherweise flossen die Gelder ab 1933 etwas reichlicher. Eine weitere Verbindung lief über "Bürgermeister Winkler" und über Walter Funk, damals in der Industrie, vor allem in der Schwerindustrie, als höchst fähiger Chefredakteur der "rechten" Berliner Börsenzeitung und Wirtschaftskenner bekannt und angesehen. 1933 wurde er Staatssekretär bei Goebbels und 1938 Reichswirtschaftsminister. Er verstand sich schon mehr aufs Geld und machte manchen Scheck locker, nicht ohne seine Geldgeber — darunter auch "Staatsrat" v. Stauss von der Deutschen Bank — lobend herzustellen. Er brachte seine Freunde und Gönner mit Hitlers rechter Hand, Hermann Göring, zusammen, der eine geschickte Art hatte, der Spendenwilligkeit nachzuhelfen. Göring war schließlich für Funks Freunde endlich einmal "aus unserer Kiste" — so sagte man damals —, mit dem man reden konnte: Jagdflieger aus dem Ersten Weltkrieg und Pour-le-merite-Träger. Schließlich war da noch der große Thyssen, der das "berühmte" Industriellentreffen in Düsseldorf arrangierte und Hitler Gelegenheit zu einer Rede vor diesem "erlauchten" Kreis der echten Großindustrie gab und auch für Zahlungen an die Partei sorgte.

Aber das waren keine Riesensummen (sie wuchsen später mit den Erfolgen): 100.000 bis 150.000 RM pro Unternehmen — einer soll sogar einen Scheck über 250.000 RM ausgestellt haben; in den Zeiten der Wirtschaftskrise war das auch für Unternehmer viel Geld.

Für die NSDAP aber waren das damals nur Tropfen auf einen heißen Stein des Geldbedarfs, der durch die politische Propaganda und die mit großer Kraft geführten Wahlkämpfe und die Herausgabe von Parteizeitungen entstand. Ortsgruppen, Kreisleitungen und Gauleitungen, die vor 1933 ganz überwiegend mit ehrenamtlichen Mitarbeitern und freiwilligen Helfern arbeiteten, finanzierten sich aus den Monatsbeiträgen und Spenden ihrer Mitglieder, die damals schon die Millionengrenze überschritten hatten, und die Flut von Versammlungen und der große Druckaufwand wurden durch die Millionenscharen von Wählern finanziert (Hitler erhielt bei der Reichspräsidentenwahl 1932 = 11,3 Millionen Stimmen), die bei allen Kundgebungen, Wahlveranstaltungen und Straßensammlungen "für den Kampfschatz der NSDAP" in die überall entgegengehaltenen Sammelbüchsen ihr Geld steckten oder die offen oder diskret ihre nicht immer kleinen Scherflein bei der Ortsgruppe ablieferten.

Die Reichsleitung wurde innerhalb der Partei durch eine Art Matrikularbeiträge finanziert (wie die Länderbeiträge an das Reich heißen). Aber die Aufwendungen für die überallhin zu Veranstaltungen fahrenden oder — wie Hitler — im Flugzeug reisenden führenden Nationalsozialisten, die im ganzen Lande sprachen, waren groß. Da kamen die Zahlungen der Industrie natürlich äußerst gelegen, aber lebenswichtig für Kampf und Sieg Hitlers waren sie ganz gewiß nicht, sondern eine angenehme Beigabe, mehr nicht. Die Finanzierung der Großindustrie hat Hitler bestimmt nicht zur Macht verholfen! Für die Relationen ein Beispiel: Für das erste Winterhilfswerk 1933(!), also noch zur Zeit großer Not, wurden vom Volk damals — man muß das in Beziehung zu der damaligen hohen Kaufkraft des Geldes sehen — 350 Millionen RM gespendet! Nach damaligen Schätzungen entfielen davon auf Großspenden nicht mehr als 50 bis 75 Millionen Mark. Der größere Teil wurde in Form von Mittel- und Kleinbeträgen aufgebracht!


KdF-Schiff "Wilhelm Gustloff" in Stockholm



(Foto: Hans Wagner)

# Großindustrie und Staat im Dritten Reich

Um es gleich hier zu sagen:
Weder hat sich die Großindustrie als Gruppe Einfluß erkauft, noch hat sie zu irgendeiner Zeit wirklich ins Gewicht fallenden Einfluß besessen

Vor 1933 und nach 1933 waren die Großindustriellen als Gruppe, als Einzelpersonen und als Unternehmensleiter unsicher, was sie von einer nationalsozialistischen Regierung halten und von ihr erwarten sollten. In ihrer Mehrzahl und als Gruppe verhielten sie sich daher eher abwartend, skeptisch oder auch besorgt. Das gilt besonders für die Zeit bis zum Röhm-Putsch, zum Tod Hindenburgs und bis zum Ausscheiden Hugenbergs aus der Regierung. Danach wirkte das Regime konsolidiert, kraftvoll und zielbewußt. Hitler hatte Partei und Staat vollends im Griff, der soziale Friede schien stabilisiert, dem Elend der Arbeitslosigkeit war das Rückgrat gebrochen, die Kaufkraft wuchs, Produktion und Volkseinkommen stiegen stetig, Erfolge der Landwirtschaftspolitik und der landwirtschaftlichen Marktordnung wurden sichtbar. Der revolutionäre Sturm war vorüber. Man konnte wieder hoffen, so schien es.

Die Fülle der öffentlichen Investitionen und die ersten Auswirkungen der Remilitarisierung machten sich in Bauwirtschaft und Schwerindustrie bemerkbar, und große Investitionen in der Rohstoffwirtschaft standen vor der Tür. Die ersten Rüstungsaufträge wurden erteilt, eine Luftfahrtindustrie ins Leben gerufen, die Werften erhielten Aufträge; die Wirtschaftsbelebung war unverkennbar. Zugleich war der politische Horizont weniger umwölkt. Die außenpolitischen Aktivitäten Hitlers erschienen allerdings äußerst gewagt, aber der Austritt aus dem Völkerbund, die militärische Besetzung des linksrheinischen Gebietes gingen ohne besonderen Eklat vorüber, mit Großbritannien wurde ein Flottenabkommen geschlossen, mit Polen eine Art Nichtangriffspakt, zu Italien entwickelten sich freundschaftliche Beziehungen, beiderseitig nützliche Warenaustauschverträge mit den Staaten Südosteuropas kamen hinzu; die Olympischen Spiele in Berlin 1936 waren auch ein internationaler Erfolg; der überraschende, sensationelle Anschluß Österreichs wurde akzeptiert.

Da folgte ein entsetzlicher Rückschlag: Die Ereignisse der "Reichskristallnacht" (9.11.1938) und die völlig unerwartete und unlogische Verschärfung der antisemitischen Maßnahmen schufen im Inneren Empörung und Unsicherheit zugleich. Sie verschlechterten aber auch das außenpolitische Klima in aller Welt und brachten schwere Einbrüche im Export. Die Industrie war wieder schockiert und verunsichert. Sie erhob, wohl hauptsächlich mit dem Hinweis auf die Schädigung der außenwirtschaftlichen Beziehungen, Vorstellungen, fühlte sich aber mehr oder weniger hilflos — und war es auch. Hatte man doch nicht einmal die Möglichkeit gehabt, das Ausscheiden Schachts als Reichswirtschaftsminister, das die Großindustrie schockierte, zu verhindern. Trotz vieler guter persönlicher Beziehungen, vor allem zu vielen Wehrmachtsdienststellen, zu Göring und seinem Stabe, konnte von politischem Einfluß keine Rede sein. Zu mehr als der Möglichkeit persönlicher Vorstellungen im Interesse der eigenen Unternehmungen, in Fragen staatlicher Aufträge oder gewünschter Beteiligungen an Neuinvestitionen (leider auch an Arisierungen) oder Problemen minderen Ranges hinaus reichten Beziehungen und Einfluß nicht. Der einzige frühere Versuch der Stahlindustrie, 1936 gegen die Gründung der Stahlwerke in Salzgitter auf der Basis deutscher Eisenerze anzugehen, scheiterte gänzlich.

Außenminister von Ribbentrop unterhielt kaum Beziehungen zur Industrie; er gerierte sich ziemlich unnahbar. Beziehungen zum Auswärtigen Amt nützten nichts, da von Ribbentrop selbst zu seinem eigenen Ministerium eher lose Beziehungen unterhielt. Am Entscheidungsprozeß in wichtigen politischen Fragen war das AA schon aus Gründen der Geheimhaltung viel weniger beteiligt als früher; daneben gab es keine Organisation, die es einer noch so wichtigen Gruppe ermöglicht hätte, auf außenpolitische Entscheidungen oder sonst auf die Außenpolitik einzuwirken. Der Führungsstil Hitlers ließ das einfach nicht zu. Bekanntlich wurde nicht einmal das Reichskabinett zu Rate gezogen, geschweige denn an der Entscheidungsfindung beteiligt. Hitler war offenbar bei seinen außenpolitischen Aktivitäten der Meinung, daß nur äußerste Geheimhaltung erfolgreiches Handeln ermögliche.

Insoweit war also der Regierungsstil rein diktatorisch. Das galt aber nur für die Angelegenheiten, die Hitler selbst an sich zog.

Es gab auch keine Organisationszentrale, keinen allumfassenden Befehlsfluß von oben nach unten, keinen

Informationsprozeß von unten nach oben. Hitler wollte nur auf ausdrückliches Verlangen informiert oder um Weisungen angegangen werden. Göring, jeder Reichsminister und alle etwaigen Sonderbevollmächtigen in allen Ebenen hatten freie Entscheidungsbefugnis in ihrem Arbeitsbereich. Zu übergeordneten wirtschaftlichen oder rüstungspolitischen Problemen wurden — wenn auch selten — Einzelpersönlichkeiten — nicht Gruppen — als Sachverständige von Göring, oder im Kriege von Hitler selbst hinzugezogen. Die Wehrmachtsteile bedienten sich zwar im breiten Umfang der Mitarbeit sachverständiger Persönlichkeiten der Wirtschaft und in technischen Fragen der Rüstung, aber das alles hatte mit Politik und mit politischem Einfluß nichts zu tun. Die Wirtschaft trat nicht als Partner oder gar gleichberechtigter Partner des Staates auf, sondern eher als nachgordnetes Organ, etwa als Diener des Staates, wie die Beamtenschaft oder auch die Wehrmacht.

Das Wesen des Führerstaates, der Diktatur manifestierte sich hauptsächlich darin, daß Staat und Regierung eine höhere Ebene einnahmen als z.B. in der Weimarer Republik; denn — so die Staatsphilosophie — allein die NSDAP und 'der Führer' repräsentierten den Volkswillen und vollstreckten ihn. Es gab keine Parteien neben der NSDAP; die früheren waren aufgelöst worden. Es gab keine wirtschaftlichen, sozialen oder "gesellschaftlichen" Kräfte, die als Partner der Regierung hätten auftreten oder sich als solche fühlen können oder die Forderungen von Gruppen hätten annehmen können. Als in völliger Verkennung dieses Prinzips ein gewisser Kessler sich 1933 als "Führer der Wirtschaft" etablieren und als solcher dem Reichswirtschaftsminister gegenüber als gleichberechtigter Partner zu agieren beginnen wollte, wurde er mit Zustimmung Hitlers von dem damals amtierenden beamteten Staatssekretär des Reichswirtschaftsministeriums Posse sofort abberufen. Der Nicht-Nationalsozialist Dr. Schacht war es dann, der 1934 durch das Gesetz zur Vorbereitung des organischen Aufbaus der deutschen Wirtschaft" und die Folgegesetze eine sehr logische und gekonnte lückenlose Wirtschaftsorganisation aufbaute, die den Weisungen des Reichswirtschaftsministers, d.h. des Staates unterstand und die auch in Personalfragen seiner Zustimmung bedurfte.

Diese Wirtschaftsorganisation sollte den Grundsatz verwirklichen: staatliche Direktive, wirtschaftliche Exekutive. Die NSDAP als Partei hatte so gut wie keinen Einfluß auf diese Wirtschaftsorganisation, die sich im Frieden z.B. vor allem auch in der Organisation der Außenwirtschaft und im Kriege in der Mitwirkung an der Kriegswirtschaft außerordentlich als Instrument des Staates bewährte. Außer dieser Wirtschaftsorganisation gab es noch andere Verzahnungen des Staates in der Wirtschaft. Etwa in der von Schacht initiierten "Pflichtgemeinschaft der deutschen Braunkohlenindustrie" als finanzieller Basis der Treibstoffhydrierung aus Braunkohle oder in der von Hitlers Wirtschaftsbeauftragtem Wilhelm Keppler forcierten Heranziehung von Wirtschaftlern für die staatliche Exekutive. Professor Krauch (IG-Farben) wurde zum Vorsitzenden des Vorstandes der von der "Pflichtgemeinschaft" getragenen Braunkohlen-Benzin-AG berufen und brachte viele Mitarbeiter aus den "IG-Farben" mit. Er wechselte über in Görings "Amt für Deutsche Roh- und Werkstoffe" und wurde später auch Leiter der Reichsstelle für Wirtschaftsausbau und Görings "Generalbevollmächtigter für Sonderaufgaben der Chemie". Die breite Beteiligung der IG-Farben AG war beinahe selbstverständlich, denn der größte Teil der Erfindungen synthetisch erzeugter Rohstoffe beruhte auf jahrelangen Forschungs- und Entwicklungsarbeiten der IG. Für die anderen Rohstoffarten berief Keppler in seinen Rohstoffstab Pleiger und mich als Wirtschaftler.

Das Prinzip: Wirtschaft durch Wirtschaftler führen zu lassen, dehnte sich im Frieden und Krieg bis in die Ära Speers hinein immer mehr aus. Aber alle, die so berufen wurden, schieden damit sozusagen automatisch aus den Reihen der Wirtschaft aus und wurden wegen ihrer Kenntnisse und Fähigkeiten im Nebenberuf Staatsbeauftragte und hatten sich dessen bewußt zu sein; sie waren es ganz überwiegend auch. Im Prinzip konnte man sagen: nicht die IG-Farben hatten über Krauch Einfluß auf den Staat, sondern der Staat hatte über Krauch Einfluß auf die IG. Und nicht die Stahlindustrie gewann über Pleiger Einfluß auf den Ausbau der Stahlkapazitäten, sondern umgekehrt.

## Die Speer – Ära

Und in der Speer-Ära: Die zahlreichen Ausschuß- und Ringleiter aus der Wirtschaft in Speers Rüstungsministerium regierten für Speer die Wirtschaft und nicht etwa Speer für die Wirtschaft. Nicht die Kohlenindustrie hatte durch die spätere Reichsvereinigung Kohle (RVK) Einfluß auf den Staat, sondern die RVK vollstreckte — exekutiv selbständig — die Direktiven des Staates. Daß bei der außerordentlichen Breite, die dieses Prinzip gewann, nicht alle Wirtschaftler sich schnell genug in die Rolle von Nur-Staatsbeauftragten finden konnten und es so zu Interessenkonflikten kam, soll nicht verkannnt werden. Aber jede Regelung und jedes Prinzip ist beinahe vollkommen, wenn es zu 80% funktioniert, und das war damals sicher der Fall. Im Kriege identifizierten sich Hunderte von Wirtschaftlern mit dem Staat, der ja uneingeschränkt — ob wir es wollten oder nicht — Wohl und Wehe seiner Bevölkerung in den Händen hielt. Die Frage einer Opposition oder gar Revolution der Wirtschaft stellte sich zu keinem Zeitpunkt, auch nicht bei denen, die ihr Vertrauen zum Staat verloren hatten oder ihn mißbilligten. Die auch von Historikern gestellte Frage, warum "unternahm" die Wirtschaft nichts, ist irreal. Sie hatte keine Macht, sie hatte niemanden, auf

den sie sich bei Staatsstreich-Gedanken hätte stützen können. Sie saßen in einem Boot in schwerem Sturm: Schaukeln versprach keine Rettung. Auch die Offiziersverschwörung des 20. Juli hatte ja niemanden hinter sich. Sie wußten es nur nicht.

Bis zu welcher Groteske "Historiker" der "DDR" das Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft verzerren können, zeigt die Behauptung, daß Kehrl als "Beauftragter des Monopolkapitals" in der zentralen Planung der eigentliche Macher war und die Mitglieder der Zentralen Planung nur Staffage. Es hat sicher niemanden in der Großindustrie gegeben, der auch nur für einen Augenblick ausgerechnet mich mittleren Industriellen als "Beauftragten der Großindustrie" angesehen hätte, zumal ich auch noch als Nationalsozialist bekannt war.



21.6.1940, Waffenstillstand in Compiègne (stand nicht im "Programm")

# Wirtschaft und Aufrüstung

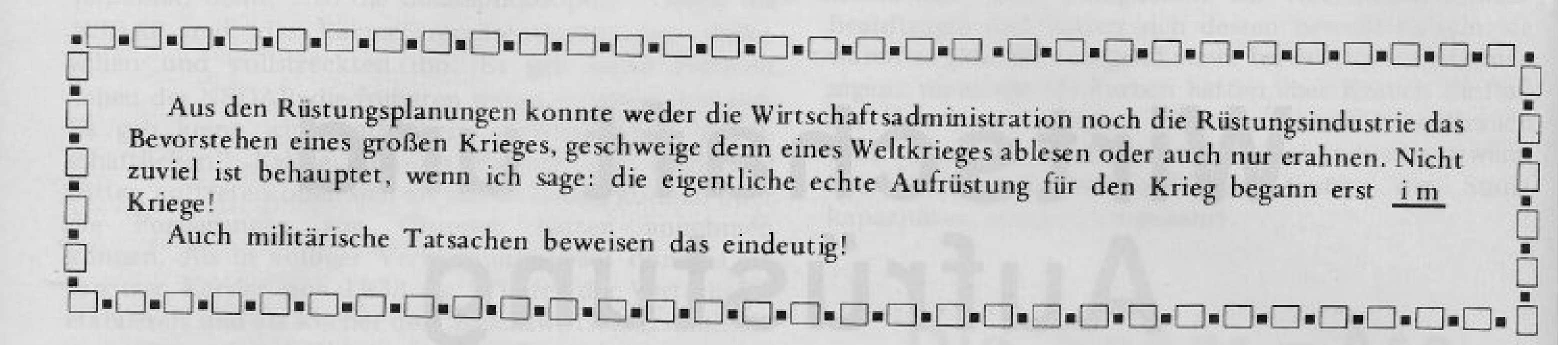
## im Dritten Reich

In einem früheren Abschnitt dieses Beitrages wurde bereits dargelegt, daß weder die Wirtschaftsadministration noch die Industrie über die beabsichtigten außenpolitischen Aktivitäten Hitlers und über seine langfristigen außenpolitischen Ziele, wenn es solche überhaupt gegeben haben sollte, unterrichtet waren. Eine Aussöhnung mit Frankreich wurde auf den verschiedensten Ebenen auch in der Parteiorganisation betrieben: ein endgültiger Verzicht auf Elsaß-Lothringen, nicht aber auf das Saargebiet wurde propagandistisch vorbereitet. Großbritannien, Belgien und Holland galten außenpolitisch und militärisch, so viel man wußte, als tabu. Den einzigen echten, weil nicht zu verheimlichenden Hinweis auf Möglichkeiten künftiger kriegerischer Verwicklungen gaben Remilitarisierung und Aufrüstung. Jeder aufmerksame Beobachter in Wirtschaftsadministration und Industrie konnte aus Kasernen- und Flugzeugbau, aus der Garnisonvermehrung, aus den neuerrichteten Flugzeugwerken und ihrem Ausstoß sowie aus den Bestellungen von Bekleidung und Ausrüstung einerseits und aus Waffenaufträgen andererseits seine Schlüsse ziehen.

Der durch das 100.000 Mann-Heer bedingte Nachholbedarf bei allen Waffengattungen war so groß, daß mindestens bis 1938 nichts Auffallendes in Erscheinung trat, was auf weitgesteckte Ziele hätte schließen lassen. Wohl wurde Dr. Schacht 1936 in seiner Eigenschaft als Reichswirtschaftsminister "für den Fall drohender Kriegsgefahr" — sogenannter MOB-Fall (Mobilisierungsfall) — zum "Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft" (GBW) (inklusiv Agrar-, Finanz- und Arbeitsressort) bestellt und ein System von Mobilmachungsvorbereitungen in allen Ministerien institutionalisiert, doch war dies nicht Aufsehen erregend. Das 100.000 Mann-Berufsheer hatte Mobilmachungsvorbereitungen nicht nötig gehabt: es war ein Kader-Heer gewesen. Als Funk in der Nachfolge von Schacht 1938 Reichswirtschaftsminister wurde, wurde auch er GBW; Funk war sicher keine martialische Gestalt, wie man sich einen Generalbevollmächtigten im Kriege vorstellen konnte. In seiner Eigenschaft als GBW wurde ihm ein Staatssekretär nur für die Mobvorbereitungen zunächst mit dem beamteten Staatssekretär Dr. Posse beigegeben. Im RWM

und in militärischen Dienststellen witzelte man, daß diese beiden Personalentscheidungen "ein überzeugender Friedensbeweis" Hitlers wären. Beide waren als "Krisenmanager" im Kriege schwer vorstellbar.

Im Programm des Vierjahresplanes, der mir in seiner Gesamtheit, auch des militärischen Sektors, damals bekannt wurde, war nichts enthalten, was nicht sinnvollerweise auch in denselben Größenordnungen ohnehin aufgrund des Devisenmangels und des Rohstoffeinfuhrbedarfs unserer Industriewirtschaft hätte getan werden müssen, wenn auch gleichzeitig die im Amt für Deutsche Roh- und Werkstoffe und im Wirtschafts- und Rüstungsstab des Generals Thomas tätigen Offiziere nicht müde wurden, sogenannte "Forderungen der Wehrmacht" auf allen Gebieten als vordringlich zu repräsentieren. Aber eigentlich wären nur die Kapazitäten für Flugtreibstoff und Sprengstoffe und ihre Vorprodukte und vielleicht Aluminium für die Luftwaffe für die erwartete gesamtwirtschaftliche Entwicklung im Friedensfall in dieser Größenordnung nicht nötig gewesen. Von einem echten methodischen Gesamtplan für die Wehrmacht, die einen großen Krieg hätte führen sollen, war damals nichts wahrnehmbar. Es gab viele, oft nicht zusammenhängende Einzelplanungen zahlreicher Dienststellen (nach dem bewährten militärischen Grundsatz: zuviel fordern schadet nie, Unterdeckung macht Ärger). Von einer durchdachten, auf einen großen Krieg abgestellten Planung aber konnte überhaupt keine Rede sein. Noch nicht einmal über den echten Bedarf war man sich auch nur einigermaßen klar. In dem über Erwarten kurzen Polenkrieg 1939 hatte sich z.B. die Luftwaffe an Bomben total verworfen, d.h. man war am Ende des Krieges fast ohne Bestände. Für den Frankreichkrieg aber war das Vielfache des Munitionsbedarfes der Artillerie vorhanden. (im "Blitzkrieg" kam die Artillerie weniger zum Schießen, als man errechnet hatte).


Aus den Rüstungsplanungen konnte weder die Wirtschaftsadministration noch die Rüstungsindustrie das Bevorstehen eines großen Krieges, geschweige denn eines Weltkrieges ablesen oder auch nur erahnen. Nicht zuviel ist behauptet, wenn ich sage: die eigentliche echte Aufrüstung für den Krieg begann erst im Kriege!

Auch militärische Tatsachen beweisen das eindeutig!

Ende August 1939, vor Ausbruch des Polen-Krieges, wurden in großer Breite über Nacht Angehörige der Jahrgänge 1896-1900 zur Wehrmacht eingezogen, um die aktive Truppe mit Soldaten aufzufüllen, die aus dem Ersten Weltkrieg über Kriegserfahrungen verfügten. Die Mannschaften, Unteroffiziere und Feldwebel sollten die aktiven Einheiten sozusagen durch ein Korsett Kriegserfahrener abstützen. Diese Jahrgänge wurden bald nach Beendigung des Polen-Krieges wieder entlassen.

Bei Beginn des Krieges in August 1939 waren die Nachbarn des Deutschen Reiches ihm an militärischen Einheiten und Zahl der kriegsbereiten Soldaten weit überlegen, auch wenn man nur Frankreich und Polen berücksichtigt. Nach dem Aufmarsch gegen Polen verbleiben für die Westfront ganze 18 Reservedivisionen, acht aktive Divisionen und keine einzige Panzerdivision. Ihnen standen 110 französische Divisionen gegenüber! Unsere Treibstoffvorräte deckten bei Kriegsausbruch einen angenommenen Bedarf von 4 bis 5 Monaten bei voller Mobilisierung.

Remilitarisierung und Rüstung waren bei Ausbruch des Weltkrieges zwar in vollem Umfang angelaufen, hatten aber bei weitem noch nicht die Stärke der uns umgebenden Streitkräfte erreicht. Es war daher nur natürlich, daß Wirtschaftsadministration und Industrie rein gefühlsmäßig, ohne Kenntnis der exakten militärischen Zahlen, die Entwicklung seit dem Münchener Abkommen mit großer Sorge und tiefer Skepsis verfolgten. Hier war die Entwaffnung der Tschechoslowakei durch militärische Erpressung der eigentliche Wendepunkt. Hitler hatte in München eine Garantie für die Rest-Tschechei zwar nicht schriftlich abgegeben, aber eindeutig in Aussicht gestellt; erstmalig wurden Nichtdeutsche der Souveränität des Reiches unterstellt. Beides mußte uns — so unsere Meinung — das Vertrauen der Welt kosten. Die Eröffnung des Krieges gegen Polen und die Kriegserklärung Englands und Frankreichs stießen dann die Tore zu einer gefahrdrohenden Zukunft weit auf.

# Krieg als Ausweg?

War die Aufrüstung für die Besserung der wirtschaftlichen Binnenstruktur des Reiches notwendig?

Hat gar die gesamtwirtschaftliche Situation 1938/39 Hitler zum Kriege getrieben, um seine Popularität mit neuen Erfolgen vor dem Sinken zu bewahren oder weil die Wirtschaftslage ihn zu dieser expansionspolitischen Ersatzhandlung zwang?

Beide Thesen kann man nur als völlig aus der Luft gegriffen, ja absurd bezeichnen.

1. Hitlers Popularität war, wie schon geschildert, 1938/39 auf einem kaum noch zu überschreitenden Höhepunkt angelangt. Politisch war die volle Einbeziehung des linksrheinischen Gebietes in die Souveränität des Reiches erreicht, die Eingliederung Österreichs und des Sudetenlandes, die vom ganzen Volk gebilligt wurde, war ohne einen Schwertstreich gelungen. Das Saargebiet gehörte wieder voll zum Reich. Die diskriminierenden Einschränkungen des Versailler Vertrages auf dem militärischen Gebiet (100.000 Mann-Berufsheer, keine Luftwaffe, keine Kriegsflotte) waren beseitigt. Das Deutsche Reich war gleichberechtigt auf allen Gebieten.

2. Die Wirtschaft und Volk vernichtende Arbeitslosigkeit war, wie geschildert, überwunden, Vollbeschäftigung ab Ende 1938 erreicht, dabei sogar noch in der gleichen Zeit die deutsche Auslandsverschuldung von 19 Mrd. RM im Februar 1933 auf 9 Mrd. RM 1938 reduziert.

Nein, die Aufrüstung war 1938/39 nicht ein notwendiger Motor der Volkswirtschaft, sie behinderte im Gegenteil eine gleichberechtigte Entwicklung aller Bereiche der Industrie, da z.B. die Gebrauchsgüter- und Verbrauchsgüterindustrie durch mangelnde Devisen- und Rohstoffkontingentzuteilung gegenüber der an der Rüstung beteiligten Industrie benachteiligt und bei Maschineninvestitionen behindert war.

3. Leys Arbeitsfront plante umfassende soziale Investitionen und das Ernährungsministerium hatte ein großes Programm der Mechanisierung und Motorisierung der Landwirtschaft auf Lager, ja der Aufbau einer kompletten Kühlkette vom Produzenten bis zum letzten Verbraucher für leicht verderbliche landwirtschaftliche Produkte — damals noch eine ganz neue Idee — wurde vorbereitet! Die Motorisierung stand für heutige Begriffe erst am Anfang, die Reichsbahn hatte große Investitionspläne und sogar der Export, insbesondere nach Südosteuropa und Südamerika, hätte wesentlich gesteigert werden können, wenn nur die notwendigen Kontingente verfügbar gewesen wären. Bauten für die Handelsflotte hätten anstelle der bevorzugten Kriegsflotte begünstigt werden können. Überall hatte es an Investitions- und Produktionsideen nur so gesprudelt bei der Dynamik, die die Wiederbelebung der Industrie aus der Erstarrung der Krisenjahre freigesetzt hatte. All das wurde durch die Präferenz für Rüstungsgüter und Rüstungsinvestitionen verhindert. Ohne Krieg und ohne neuen "Lebensraum" hätten Wirtschaft und Volk volkswirtschaftlich einer erfolgreichen Zukunft entgegengehen können.

4. Einige Autoren scheinen noch andere "innenpolitische Motive" Hitlers zu vermuten oder für möglich zu halten.

Ich zitiere nur einige Hinweise aus den Beiträgen zum Sammelwerk Forstmeier/Volkmann "Wirtschaft und Rüstung am Vorabend des zweiten Weltkrieges"!

Timothy W. Mason spricht u.a. von "Krisenerscheinungen im Inneren, von einer inflationären Zerrüttung der deutschen Geld- und Kreditwirtschaft" oder davon, daß "die Staatsfinanzen aus den Fugen geraten wären", davon daß "DAF (Deutsche Arbeitsfront) völlig versagte", von einer "Exportmüdigkeit", von "einer schweren sozialen Spannung", ja sogar "vom Abbau der sozialpolitischen Errungenschaften" (Seite 189) — ohne klarzumachen, was er damit meint. Und schließlich "Opferbereitschaft der Beherrschten war nicht gegeben".

Allan S. Milward spricht gar von "einer extremen Anti-Arbeiterpolitik", Hans-Erich Volkmann von einer "unüberwindbaren Krisensituation 1938/39".

Hier sind anscheinend aus mir nicht bekanntem und von den Verfassern auch nicht erwähntem Quellenmaterial viel zu weitgehende Schlüsse gezogen worden. General Thomas z.B. übernahm vielfach kritiklos die absichtliche Schwarzmalerei von Schacht oder auch des Preiskommissars Wagner oder vielleicht auch der von mir sehr häufig gelesenen Wochen- oder Monatsberichte des S.D. Ihnen allen fehlte es nur allzu oft am Verständnis für Größenordnungen und Zusammenhänge.

Eines kann ich als zeitgenössischer, vollorientierter Betrachter und Mittäter mit aller Entschiedenheit sagen: "von schweren sozialen Spannungen", von "einer extremen Anti-Arbeiterpolitik" oder davon, daß die "DAF völlig versagte", konnte 1938/39 nicht die Rede sein. Und daß eine "hohe Opferbereitschaft der Beherrschten" gegeben war, das hat der Verlauf des Krieges doch wohl unwiderlegbar bewiesen. Zu dieser Problematik möchte ich ausnahmsweise aus meinem Buch "Krisenmanager im Dritten Reich" zitieren. (S. 45).

*"Vor einiger Zeit las ich in einem Artikel der Gräfin Dönhoff in der 'Zeit':*

*'Eigentlich ist es verblüffend, daß bei der vielfältigen Repräsentanz, die dem Bürger vom Elternbeirat bis zum Parlament zur Verfügung steht, das Gefühl, nicht beteiligt zu sein, sich heute zu so unerträglicher Bedrückung auswächst — während in der Hitlerzeit, als die individuelle Meinung überhaupt nicht zählte, die Mehrzahl das Gefühl hatte, unendlich viel zu bewirken.'*

---

*Es war damals einfach das Gefühl, daß nicht 'die' etwas bewirkten, sondern daß 'wir' etwas bewirkten. Jeder war dabei oder konnte dabei sein, wenn er wollte. Ich befürchte, die Geschichte der für die Arbeitsfront, die Frauenschaft, die Volkswohlfahrt, für 'Kraft durch Freude', für 'Mutter und Kind' arbeitenden Hunderttausenden von Idealisten wird nie geschrieben werden. Für die aber, die sich der damaligen Zeit erinnern, war das ein wichtiger — wenn nicht der wichtigste — Inhalt der Zeit des Dritten Reiches, der erst mit dem Kriegsbeginn mehr in den Hintergrund trat.*

*Ausgehend von den Gedanken des Gesetzes 'zur Ordnung der nationalen Arbeit' wurde die soziale Gesinnung und Verantwortung der Unternehmer auf breitester Front geweckt und mobilisiert. Jahrelange erfolgreiche Zusammenarbeit mit den Vertrauensräten und der Arbeitsfront bewirkten, daß der Hauptsinn, die Überwindung des Klassenkampfdenkens und die Ausschaltung des Streiks als mögliches Kampfmittel in überraschendem Ausmaß gelang."*

Nur eins habe ich diesem Zitat jetzt hinzuzufügen: Ich habe begründete Hoffnung, daß von in hohem Maße kompetenter Seite die Geschichte der Sozialpolitik des Dritten Reiches bald geschrieben werden wird.

Zutreffender wird vielfach die wirtschaftliche Entwicklung historisch behandelt. Sie ist z.B. in "Außenhandel und Aufrüstung in Deutschland 1933 bis 1939" auf den Seiten 81 bis 111 (nicht 112) vollkommen zutreffend nachgezeichnet worden.

5. Auch Timothy W. Mason kann nicht widersprochen werden, daß "eine gewaltige Inflation in Gang gekommen war" — nur nach den Erfahrungen aus Vergangenheit und Gegenwart ist das Wort "gewaltig" allerdings bei weitem zu hoch gegriffen —, und die "Finanzen (auch 1938/39) kritisch zu werden begannen", zumal gerade in diesen beiden Jahren (aber erst dann!) "der internationale Rüstungsboom" sich auszuwirken begann.

Aber von einer echten Krise oder gar einer bedrohlichen Krise kann zu diesem Zeitpunkt nach meiner Kenntnis keinesfalls gesprochen werden.

Es trifft zwar auch zu, daß anzunehmen war, daß "der Finanzbedarf der öffentlichen Hand weiter wachsen", daß "permanenter Devisenmangel" sich verstärken würde. Aber krisenhaft war die Lage trotz alledem zu diesem Zeitpunkt nicht. Die von Mason geschilderte Problematik war ja auch einer der Streitpunkte, derentwegen Dr. Schacht 1938 als Reichswirtschaftsminister und im Januar 1939 als Reichsbankpräsident ausschied.

Funk ersetzte ihn in beiden Funktionen. Er, die Männer seines Reichsbankdirektoriums und gar der Reichsfinanzminister Schwerin-Krosigh waren kenntnis- und ideenreiche Persönlichkeiten und sicher eher vorsichtige Naturen. Sie traten natürlich alsbald zur Bestandsaufnahme zusammen. Zur Panik war kein Anlaß. Man würde die Finanzen und die inflationäre Entwicklung im Griff behalten, ohne daß spektakuläre Maßnahmen notwendig wären.

Man hatte beides noch immer im Griff, als das Jahr 1940 zu Ende ging und die besetzten Gebiete sowie die wirtschaftliche Lage Italiens schwierige Probleme aufwarfen.

Geldsteuerung, strikte Devisenbewirtschaftung, Rohstoff- und Produktionssteuerung sowie Preiskontrollen waren in den letzten Jahren zu einem Instrumentarium entwickelt worden, das sich sehen lassen konnte und eine beachtliche Flexibilität ermöglichte. Allerdings, weder der von einigen Historikern als Zeuge zitierte Darré noch General Thomas und sein Wirtschafts- und Rüstungsstab waren mit Wesen, Arbeitsweise und Ineinandergreifen dieses Instrumentariums vertraut.

Auch die pessimistischen Voraussagen Schachts bewahrheiteten sich mindestens bis zum Ausbruch des Rußland-Krieges so gut wie nicht.

6. Timothy W. Mason schreibt in seinem wiederholt erwähnten Beitrag (auf Seite 165): "Auch im Sommer 1939 war ein Raubkrieg ganz gewiß nicht der einzige Ausweg aus dieser Sackgasse." Sehr richtig! Ein Raubkrieg wurde auch garnicht geplant, vielleicht aus dem einfachen Grunde, weil niemand im Reich zu wissen schien, daß in den niederländischen, belgischen und französischen Häfen gewaltige Mengen von Rohstoffen zur Kriegsvorbereitung angehäuft lagerten. Und man hätte es wissen können! Denn die "BIZ" in Basel, "Bank für internationalen Zahlungsausgleich", hatte treu und brav über diese Sonderimporte und Einlagerungen

laufend berichtet. Aber diese Berichte wurden wohl von den ressortmäßig Zuständigen nicht gelesen, vielleicht weil sie zu geheim waren! Als ich in der ersten Juniwoche 1940 im Auto die neuen besetzten Gebiete Niederlande, Belgien und Nordfrankreich besuchte, besichtigte ich u.a. auch die Häfen Rotterdam, Antwerpen und Calais, die mit Importen auch oder gerade an Rohstoffen aller Art vollgestopft waren (fast ausschließlich vorsorgliche Einkäufe der Regierungen selbst).

Niemand hatte sich bis dahin für den Inhalt der Lagerhallen interessiert. Sie waren durch Wachen des OKW und der Marine "gesichert". Die militärischen Dienststellen stritten sich darüber, wem die Kriegsbeute zustände. Dafür, daß der Hafeninhalt und dazu tief gestaffelte Läger im Inland durch mögliche Luftangriffe und daraus entstehende Flächenbrände aufs äußerste gefährdet waren, schien bei uns niemand zuständig zu sein, so wie offenbar bei Englands und Frankreichs Streitkräften niemand zuständig war für solche leicht durchführbaren Zerstörungen durch Luftangriffe.

Ich hatte die eingelagerten Mengen verschiedenster Rohstoffe über den Daumen geschätzt und General von Hanneken bei meiner Rückkehr unterrichtet. Weder er als Rohstoffzuständiger im RMW noch General Thomas hatten davon gehört oder sich jedenfalls auch nur dafür interessiert. Mit dem OKW vereinbarte ich eine sofortige Abtransportaktion durch zivile Stellen. (Die Intendantur wäre zu langsam gewesen). Die Vereinnahmung dieser Bestände, die dann zügig weitergeführt wurde, war im übrigen völkerrechtlich völlig einwandfrei, da es sich fast zur Gänze um Staatseigentum handelte, das nach der Haager Landkriegsordnung als "Beute" einzustufen war. Durch zähe Verhandlungen mit dem OKW wurde schließlich festgelegt, daß alle Rohstoffbestände der Dispositionsgewalt des Reichswirtschaftsministeriums unterlägen.

# "Autarkie" – Teil der NS–Weltanschauung?

Im Jahre 1968 hat Dieter Petzina – wohl als erster – eine gründliche Arbeit vorgelegt, die unter sorgfältiger Auswertung aller damals verfügbaren Quellen und vor allem auch Statistiken die Landwirtschaftspolitik, die Rohstoffpolitik, die Devisenpolitik und zum Teil die Außenhandelspolitik des Dritten Reiches in den Jahren 1933-1939 im großen und ganzen durchaus zutreffend nachzeichnet.

Dazu möchte ich aber mit einigen kurzen Ergänzungen und zusätzlichen Betrachtungen beitragen:

1. Mir ist keine Führungspersönlichkeit im Dritten Reich bekannt, die "Autarkie" als Schlagwort propagiert oder als unverzichtbaren Teil einer NS-Lebensraumpolitik ausgegeben hätte.

2. Einige beiläufige Bemerkungen von Herrn Petzina könnten den Eindruck erwecken, als ob Autarkiepolitik Teil irgendwelcher Bestrebungen gewesen wäre, "ein antiliberales Wirtschaftssystem zu errichten" (Seite 10). An anderer Stelle heißt es kurz: "...daß der Vierjahresplan Deutschland aus dem weltwirtschaftlichen Verbund herauslösen sollte" (Seite 18). Die Lockerung eines weltwirtschaftlichen Verbundes – wenn von einem solchen nach der katastrophalen Wirtschaftskrise überhaupt in dieser konkreten Form in den Dreißiger Jahren die Rede sein konnte – war höchstens die zwangsläufige Folge von Devisenmangel und Exportrückgang, nicht aber ein etwa angestrebtes Ziel.

3. Petzina weist selbst darauf hin, daß die mangels anderen Dokumentenmaterials "wichtige Quelle seiner Untersuchungen" Material des ehemaligen Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes gewesen sei, das Oberst Thomas leitete. Dieses Material darf für historische Untersuchungen nur mit einer gewissen Vorsicht benutzt werden. Mir war Oberst Thomas persönlich gut bekannt, zumal er verwandtschaftlich mit der Niederlausitzer Tuchindustrie verbunden war, daher weiß ich auch zuverlässig, daß er damals und später eng mit Schacht liiert war. Das erklärt vielleicht zum Teil, daß Thomas in seinen umfangreichen Ausarbeitungen, Vermerken und

Protokollen vieles einfach durch die Brille Schachts sah, und Schacht neigte — vorsichtig ausgedrückt — beileibe nicht zu großer Objektivität, wenn er argumentierte.

4. Mindestens in drei wichtigen Punkten hatte Schacht eindeutig völlig Unrecht.

a) Er maßte sich mit übergroßer Überheblichkeit und in einem unmöglichen Stil an, die Landwirtschaftspolitik des Reichsernährungsministers Darrés zu kritisieren und Abänderungen zu verlangen, obwohl Darré ihm keinesfalls unterstellt, sondern gleichgestellt war. Ich erhielt zur damaligen Zeit laufend Kopien der gewechselten Briefe über diese Zusammenhänge von beiden Seiten.

b) Schacht verweigerte die Zuteilung von Devisen an das REM, die diese zu Recht angefordert hatte, um den ihm, Schacht, unterstellten Wirtschaftsbereich mit Devisen ausreichender versorgen zu können. Er wollte also als Richter in eigener Sache fungieren.

c) Die Tatsache, daß Schacht als Reichsbankpräsident die Devisen verwaltete, bedeutete keineswegs den Besitz einer Verfügungsgewalt. Einigten sich zwei Ressorts nicht, so stand die Entscheidung nur dem Reichskanzler zu. Hitler übertrug daher auch folgerichtig die Entscheidungsbefugnis über die Devisen für die Zukunft Göring als seinem (quasi Reichskanzler-Stellvertreter).

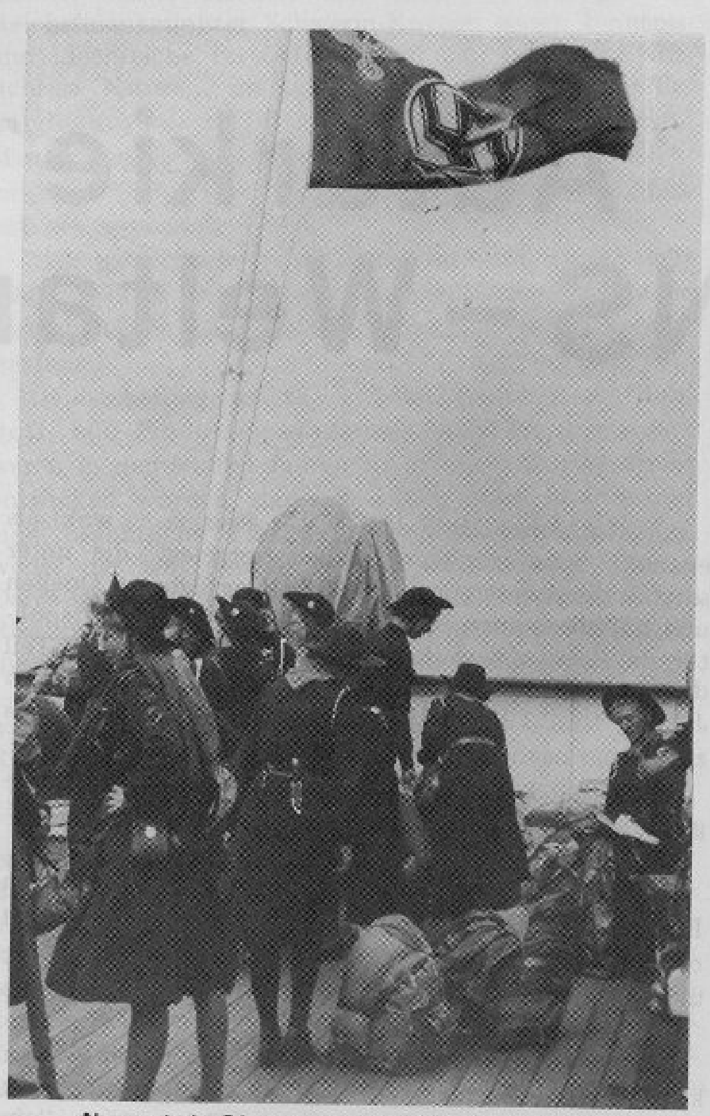
d) Gegenüber Keppler und später auch Göring nahm Schacht den Standpunkt ein, die Herstellung von Ersatzstoffen (wie er das zu nennen beliebte, obgleich diese Bezeichnung verpönt war) wäre nur "wirtschaftlich vertretbar", wenn sie nicht teurer wären als ausländische Rohstoffe. Diese Behauptung war ebenso willkürlich wie unlogisch. Sie richtete sich vorwiegend gegen Buna, gegen deutsches Eisenerz und chemische Fasern. Wenn wir nicht genug Devisen zur Verfügung hatten, um unseren Bedarf an diesen Rohstoffen decken zu können, so konnte unmöglich daraus der Schluß gezogen werden, kein teures Buna oder teure chemische Fasern zu verwenden.

Es wäre etwa ebenso logisch gewesen, wenn Schacht sich auf den Standpunkt gestellt hätte: Wenn wir nicht gewinnbringend exportieren könnten, müßte eben der Export unterbleiben, weil ein Exportverlust wirtschaftlich "nicht vertretbar" wäre. Hier nahm aber Schacht eine völlig andere Stellung ein. Im "neuen Plan" wurde u. a. der Export massiv durch Exportzuschüsse gefördert, die bis zu 60% der erzielbaren Verkaufspreise gingen. Die Motive Schachts waren also offensichtlich andere als "wirtschaftliche Vertretbarkeit."

5. Petzina schreibt über die Zeit der Devisenkrise 1936 u.a.: "Göring versuchte zunächst einer Entscheidung auszuweichen, indem er die Erfassung aller "in deutschem Besitz befindlichen ausländischen Wertpapiere, sowie die beschleunigte Eintreibung deutscher Warenaußenstände und die mögliche Realisierung deutscher Auslandsbeteiligungen anordnete."

Es wird hier verkannt, daß die "Devisenkrise" ganz überwiegend darauf zurückzuführen war, daß die exportierende Wirtschaft, besonders in den letzten zwölf Monaten, eine Tendenz an den Tag gelegt hatte, nicht auf schnelle Bezahlung der Außenstände zu drängen; ihr war es vielfach lieber, auf alle Fälle frei verfügbare Devisenguthaben im Auslande zu wissen und daher auf ihre prompte Bezahlung nicht nur nicht zu drängen, sondern — wie es schien — sie in manchen Fällen sogar

Ich selbst hatte diesen Tatbestand durch Stichproben in meinem Handelskammerbezirk ermittelt und Keppler eine entsprechende Aktion der Reichsbank angeraten, die auch prompt ausreichenden Erfolg hatte. Es handelte sich daher keineswegs um die "Ausschöpfung der letzten Ressourcen", wie Petzina meint, sondern um die Beseitigung einer Fehlentwicklung.



Norwegische Pfadpfinder zu Besuch *(Foto: Hans Wagner)*

Was hatte es also mit der Autarkie tatsächlich auf sich? Petzina weist mit Recht darauf hin, daß der Begriff Autarkie eine weit zurückreichende Geschichte hat. Im "Ploetz — Auszug aus der Geschichte —" wird das Wort "Autarkie" im Sachregisterverzeichnis auf fünf Seiten aufgeführt, zum ersten Mal in archaischer Zeit, zum zweiten Mal wird das Wort erwähnt in der ägyptischen Geschichte unter den Ptolomäern, dann im Rahmen der Wirtschaftspolitik Mexikos während des zweiten Weltkrieges und schließlich im Zusammenhang mit der Wirtschaftspolitik Argentiniens zwischen 1944 und 1946. Der Brockhaus 1921, definiert Autarkie "als Wirtschaftsform eines Staates, der infolge des Besitzes von fruchtbarem Boden, Bodenschätzen und Kraftquellen (Kohle und Wasser) vom Ausland wirtschaftlich unabhängig ist". Das alles waren wir leider nicht. Was fälschlicherweise als Autarkiepolitik angegriffen wird oder wurde, war nichts anderes als durchdachtes, intensives, umfassendes, pragmatisches Handeln in einer wirtschaftlichen Krisenlage. Das hatte mit Weltanschauung oder nationalsozialistischem Gedankengut überhaupt nichts zu tun.

Dies ist vielleicht der geeignete Platz, noch einigen anderen Irrtümern entgegenzutreten:
Ich bin z.B. von Historikern gefragt worden, ob die Wirtschaftsadministration in ihrem Handeln durch nationalsozialistische Philosophien oder weltanschauliche Zielsetzungen beeinflußt oder behindert wurde. Das wurde sie nicht. Politische Begriffe wie Rassismus, Lebenraumerweiterungen oder gar Germanisierung, waren im wirtschaftspolitischen Bereich einfach nicht vorhanden. Die Germanisierung war eher eine Privatphilosophie Himmlers im SS-Bereich, von der verschwommenen Idee ausgehend, daß germanische Erbrassen wertvoller wären als andere Rassen und daher Beziehungen zu Völkern germanischen Ursprungs besonders eng geknüpft werden müßten. In der Wirtschaftspolitik hatten solche Träume keinen Platz. Es wurde auch in keiner Weise an die in der Wirtschaftspolitik Tätigen herangetreten, um Einfluß zu gewinnen. Die Wirtschaft und die Wirtschaftspolitik hatten im Dritten Reich auch in der Außenpolitik nichts zu suchen. Wir wurden an der Gestaltung der Außenpolitik in keiner Weise beteiligt. Wenn Entscheidungen getroffen waren, wurden wir nur spät und unvollkommen informiert.

Zuständig für die Außenpolitik war natürlich theoretisch das Auswärtige Amt, aber das war mehr Theorie. Denn die echte Außenpolitik spielte sich im kleinsten Kreise auf hoher Ebene ab: Hitler, Reichsaußenminister, sein Staatssekretär, einige Ministerialdirektoren des AA und wichtige Botschafter. Das Auswärtige Amt war in seiner Ministerialbürokratie etwa in gleicher Weise besetzt wie eh und je. Daran hat auch von Ribbentrop nichts geändert, obwohl er mit drastischen Plänen umging. Es gab nur einen Teil der Außenpolitik, auf dem die Bürokratie des Auswärtigen Amtes eine Priorität beanspruchte und weitgehend durchsetzte, und das war der Abschluß von Außenhandelsverträgen. Hier wachte die Leitung und Bürokratie des Auswärtigen Amtes eifersüchtig darüber, daß sie die Richtlinien der Außenhandelsverträge zu bestimmen hätten, was immer man sich darunter vorstellte. Die Richtlinien ergaben sich fast zwangsläufig aus dem Klima, das mit den einzelnen Staaten bestand, aber im übrigen ist die Aushandlung von Außenhandelsverträgen ja eine ganz pragmatische Sache. Das Auswärtige Amt konnte beim Wirtschaftsministerium zwar darauf drängen, daß die nie endenwollenden Wünsche Italiens einigermaßen befriedigt oder Spanien bedeutende Zusagen für Lieferungen gegeben würden, falls es auf unserer Seite in den Krieg einträte (was nicht möglich war) oder daß schließlich die Handelsvertragswünsche Südeuropas möglichst pfleglich behandelt werden sollten. Hier aber endete schon der politische Einfluß.

Wenn ich im vorhergehenden von "Wirtschaftsadministration" gesprochen habe, so meine ich damit nicht nur das Reichswirtschaftsministerium, sondern auch die ministerielle Organisation des Vierjahresplanes. Sie war nicht sehr umfangreich, und ich kannte so ziemlich alle dort Tätigen. Aber ich kann mich an keinen einzigen entsinnen, der behauptet hätte, er wäre aus Überzeugung Anhänger des Nationalsozialismus, oder dem es, hätte er dies behauptet, geglaubt worden wäre. Auch im Reichswirtschaftsministerium waren engagierte Nationalsozialisten eine absolute Minderheit. Es ist schon möglich, daß neu eintretende Assessoren oder Regierungsräte ein Parteibuch hatten, aber eine Rolle spielte das eigentlich nicht, denn wir waren ja nicht im eigentlichen Sinne mit Politik befaßt. Die Unterschiede lagen mehr im Temperament: Wir Nationalsozialisten legten weniger Vorsicht, weniger Ängstlichkeit, weniger Bürokratismus an den Tag und wir besaßen möglicherweise mehr Verantwortungsfreudigkeit, mehr Durchsetzungsfähigkeit, mehr Tempo, vielleicht auch mehr sachliches Engagement.

Schließlich und wohl hauptsächlich waren wir Nationalsozialisten optimistisch, die Bürokratie von eh und je und jetzt noch mehr eher pessimistisch und skeptisch.

Der Bewegungsspielraum für die Wirtschaftsadministration war gering. Alles drehte sich um die "Ressourcen", ihre Vergrößerung soweit es in unserer Möglichkeit lag, das sparsame Umgehen mit ihnen, das sinnvolle Verteilen in der Gegenwart und Vorbereitung für eine schwärzer werdende Zukunft. Über die zuständigen Militärbefehlshaber berieten wir die Administration in den besetzten Gebieten. 1943 fuhr ich mit meinem Minister Funk nach Italien, um unseren Bundesgenossen zu beraten, wie er mit seinen Ressourcen besser haushalten könnte. Im Laufe der letzten Kriegsjahre war natürlich immer das Hauptproblem, Ressourcen für die Rüstung frei zu machen und trotzdem das Wirtschaftsleben aufrecht zu erhalten, so gut es ging.

Für uns war das nicht Politik. Es war Krisenmanagement im wahrsten Sinne des Wortes. Deswegen habe ich auch mein Buch "Krisenmanager im Dritten Reich" genannt.

# *Machtstrukturen*

Eike Henning nimmt in einem Beitrag zu dem Sammelband "Wirtschaft und Rüstung am Vorabend des Zweiten Weltkrieges" an einer Stelle daran Anstoß, daß für Ernst Nolte "in der Führerbewegung nur der Führer verbindliche Aussagen machen kann". Das war aber in der Tat so. Hitlers Macht drückte sich darin aus, daß er Partei und Staat total regierte. Personelle Entscheidungen in der obersten Führungsregion von Partei und Staat konnten nur von ihm und wurden nur von ihm getroffen. Das galt für Reichsminister, Reichsstatthalter und Botschafter im Staat ebenso wie für die höchsten SA- und SS-Führer sowie Reichsleiter und Gauleiter in der Parteiorganisation. Jeder dieser Machtträger konnte zu jedem Zeitpunkt abberufen werden, ohne daß es vorstellbar gewesen wäre, daß er je Widerstand geleistet oder sich gar damit durchgesetzt hätte. Das gilt ganz merkwürdigerweise auch noch für die Zeit des letzten halben oder dreiviertel Jahres des Krieges, als Hitler — meiner Meinung nach — gar nicht mehr regierungsfähig war. Es erstreckt sich auch auf die ranghöchsten Machtausübenden, wie z.B. Göring oder Himmler (oder auf Gauleiter); sie alle besaßen gewissermaßen nur eine abgeleitete Macht.

Es wäre nicht vorstellbar gewesen, daß die Macht, die einer der Großen hatte, von ihnen gegen Hitler hätte eingesetzt werden können. Natürlich gab es aber Persönlichkeiten, die großen Einfluß hatten. Aber Macht und Einfluß sind ganz verschiedene Kategorien. Der Führungsstil Hitlers, über den ich noch getrennt schreiben will, war in allen Bereichen darauf abgestellt, daß er selbst so "wenige Entscheidungen wie möglich" treffen wollte. Er wollte auch nicht laufend ohne Not über alles Geschehen oder auch das wichtigste Geschehen in allen Bereichen informiert oder gar um Weisungen gebeten werden. Hitler bildete für sich zeitlich und sachlich Entscheidungsschwerpunkte, auf die er sich ausschließlich konzentrierte. Es kam allerdings auch vor, daß er — eher selten — Entscheidungen zu Einzelproblemen an sich zog.

Aber generell galt, daß z.B. jeder Gauleiter, Reichsminister oder "Reichskommissar" in besetzten Gebieten alles nach eigenem Ermessen entscheiden konnte, es sei denn, er traute sich selbst in einem bestimmten Fall eine eigene Entscheidung nicht zu. Dasselbe Prinzip galt auch für Sonderbevollmächtigte auf allen Stufen.

Es mußte von niemandem, der Vollmachten oder Befugnisse besaß, mit Gremien oder Personen "Übereinstimmung" herbeigeführt werden. Auf diesem — gefährlichen — System beruhte die Schlagfertigkeit und Schnelligkeit, mit der eine Riesenorganisation zeitweise über weite Teile Europas unbürokratisch funktionierte.



30. September 1934, Adolf Hitler auf dem Wege zur Kaiserpfalz Goslar

# *„Faschismus"* im Dritten Reich
# *kommunistischer Etikettenschwindel*

Schlägt man den "Ploetz", Auszug aus der Geschichte, Ausgabe 1968, auf, so liest man in der Zusammenfassung zu Neueste Geschichte auf Seite 1211 u.f..

*"Während sich die bolschewistische Herrschaft mit aller Rücksichtslosigkeit innerpolitisch durchsetzt und Rußland sich zur gewaltigen Industriemacht entwickelt, krankt Europa an den Gegensätzen, die im Jahre 1919 nicht beseitigt, sondern vervielfacht worden sind. Verfassungspolitisch ist dies begleitet von einer allgemeinen 'Krise der Demokratie', wirtschaftspolitisch von einem Zurückbleiben des Potentials der europäischen Staaten gegenüber der Entwicklung der großen Weltmächte. Der heraufkommende Gegensatz zwischen dem weltrevolutionären bolschewistischen Rußland einerseits, den Vereinigten Staaten von Amerika und Westeuropa andererseits wird in den Dreißiger Jahren überdeckt durch die Expansionspolitik der im Gegensatz zu den anderen großen Völkern eingeengten Deutschen, Italienern und Japanern. In Italien und Deutschland werden im Faschismus und Nationalsozialismus neue politische Ideologien und Verfassungsformen entwickelt, in denen die Krise der Demokratie überwunden und die militante Abwehr gegen den Bolschewismus ausgedrückt sein soll.*

In historischen Beiträgen zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Dritten Reiches stößt man vor allem bei "Historikern" in der "DDR" darauf, daß "Nationalsozialismus" generell durch "Faschismus" ersetzt wird. Die in der "DDR" heranwachsenden Generationen sollen gar nicht erfahren, daß es National s o z i a l i s t e n gab oder gar, daß die NSDAP eine "Arbeiter-Partei" war. Gleichzeitig soll dadurch offenbar der "Kapitalismus" als mit schuldig — oder gar Hauptschuldiger — am Kriege einbezogen und abgestempelt werden, in dem die Unternehmer einer "faschistischen Machtstruktur" bezichtigt werden. Diese Verfremdung wird auch erstaunlich unbekümmert von nicht wenigen "Historikern" und "Historiographen" in der Bundesrepublik Deutschland übernommen, obwohl sie wissen müßten, daß es sich um echte Geschichtsfälschung handelt.

Es hat nun einmal im Dritten Reich keine Faschisten, keine faschistischen Machtstrukturen und keine faschistische Organisation gegeben. Der Name "Faschismus" oder "faschistisch" wurde auch von Gegnern des Nationalsozialismus im Dritten Reich nie gebraucht, und noch nicht einmal von den Siegern, als sie das Deutsche Reich besetzten. Sie sprachen schlicht von "Nazis und Nazismus".

In seinem Buch "Die deutsche Diktatur — Entstehung, Struktur und Folgen des Nationalsozialismus" hatte der Historiker Karl Dietrich Bracher als Erster eine staatspolitisch relevante deutsche Gesamtdarstellung des Nationalsozialismus gegeben. Erfreulicherweise hat er diese Arbeit jetzt ergänzt durch das Buch "Zeitgeschichtliche Kontroversen zum Faschismus, Totalitarismus, Demokratie" (Serie Piper, Band 142).

Das Wort "Totalitarismus" führt Bracher als einen Oberbegriff ein, in dem sich "alle Bedrohung der Freiheit" vereinigt. Er definiert komprimiert die Merkmale des Totalitarismus — mögen sie nun rechts oder links sein — so:

*"Ausschließlicher Führungsanspruch einer Partei und Ideologie, volle Kontrolle aller Kommunikationsmittel und aller Mittel des Zwanges."*

Bracher weist darauf hin, daß auch wenn das totalitäre System, wie der sowjetische Kommunismus, mit kollektiver Führung beginnt, die Tendenz zum "Führerkult" immanent ist: Stalin, Mao, Castro.

Der Begriff "Faschismus" oder "faschistisch" hat in den letzten Jahren zunehmend seinen ursprünglichen Sinn verloren, wenn er je einen hatte. In einer Betrachtung über Brachers Buch schreibt Joachim Besser, früher Chefredakteur des Kölner Stadt-Anzeiger, u.a.:

*"Wer ist eigentlich ein Faschist? Darauf ließe sich, wenn man eine Summe aus vielen politischen Diskussionen ziehen will, antworten: jeder, der mir nicht paßt.*

*In der Tat ist die Faschismus-Diskussion ins Ideologische entartet. Sie hat völlig den historischen Boden unter den Füßen verloren.*

*Jedes nicht westlich-demokratische System wird so schlagwortartig abqualifiziert, obwohl es vielleicht nur einige wenige 'faschistische' Elemente in sich trägt, wenn überhaupt. Strauss wird als Faschist bezeichnet, linke Studenten erhielten den gleichen Vorwurf von Günter Grass zugespielt und die radikalen Linken wiederum nennen simplifizierend alle, die nicht ihrer Meinung sind, Faschisten.*

*Die Moskauer Propaganda läuft auf gleichen Touren. Wer dem Kreml widerspricht, ist ein Faschist, und Sozialdemokraten sind der Einfachheit halber 'Sozialfaschisten'. Ein so verwendeter Begriff wird sinnlos, man schämt sich, ihn noch zu gebrauchen.*

Eins steht jedenfalls fest, wer mit dem Wort "faschistisch" in der Geschichte des Dritten Reiches um sich wirft, will nicht geschichtliche Tatbestände klären, sondern vernebeln oder verfälschen.

# Hitlers Führungsstil

Als ich Ende 1934 vom "Beauftragten des Führers und Reichskanzlers für Wirtschaftsfragen", Wilhelm Keppler, nach Berlin berufen wurde, stürzte ich mich nicht nur in die mir zugedachte spezielle Arbeit. Als Provinzler wollte ich auch von vornherein möglichst viel über die politische Landschaft in Erfahrung bringen, in der ich arbeiten sollte: über die wichtigsten Persönlichkeiten in der neuen Ära und ihre Eigenheiten, über die wirtschaftspolitischen Ziele der Partei, über die beabsichtigte Regierungsorganisation, über Hitlers Arbeitsweise, über Informationsfluß und über Entscheidungsprozesse und vieles mehr.

Die wichtigste Informationsquelle war für mich damals zunächst Keppler selbst, der Hitler seit Jahren gut kannte. Bald lernte ich viele Persönlichkeiten aus Partei und Staat kennen und begann, mir selbst ein gewisses Bild zu machen. Meine Erkenntnisse wurden noch vertieft und überwiegend bestätigt, als ich später im Wilhelm-Straßen-Prozeß über ein Jahr lang auch täglichen Umgang mit Lammers und Meissner hatte, die die Reichskanzlei bzw. die "Präsidialkanzlei" geleitet hatten. Sie bestätigten nachträglich fast in allem das Bild, das ich schon früher über das gewonnen hatte, was ich als "Hitlers Führungsstil" bezeichnen möchte.

Keppler hatte mir in den Anfangswochen unserer Zusammenarbeit einmal gesagt:

> *"Sie als präziser und in Ordnungskategorien denkender Preuße (noch dazu aus Brandenburg an der Havel) werden sich schwer tun, die Denk- und Arbeitsweise Hitlers nachzuvollziehen. Denn er hat in vielem doch eher das Temperament und vielleicht auch die Denkweise eines österreichischen Künstlers."*

Als Keppler ihn bedrängt hatte, das noch aus dem Jahre 1923 stammende, äußerst unzulängliche und kleinkarierte sogenannte Programm der NSDAP, das z.B. für die Wirtschaft überhaupt keinen Aussagewert habe, zu revidieren, lehnte Hitler das strikt ab. Seiner Meinung nach war die Arbeit an Parteiprogrammen schädlich, weil die Diskussion darüber die Einheit der Partei durch Meinungsverschiedenheiten unterhöhlt, und außerdem zwecklos, da fortlaufend neue Probleme auftreten, deren Lösung nicht durch abstrakte theoretische Festlegungen behindert werden dürfe. Hitler habe sich — so Keppler — auch immer wieder entschieden gegen Staatswirtschaft gewandt, weil sie zu "unschöpferischem Bürokratismus" führen müsse. Die größten Leistungen gingen in der Wirtschaft — wie auch sonst im Leben — von Einzelpersönlichkeiten aus. Diese müßten auch als Unternehmer genügend Bewegungsfreiheit haben, dürften aber nicht — z.B. durch Interessenverbände — Einfluß auf die Wirtschaftspolitik als Ganzes gewinnen. Dieses sei ausschließlich Sache des Staates als Treuhänder des ganzen Volkes.

Eine Entwicklung zum Ständestaat hin, wie er von Mussolini mit den Korporationen eingeleitet worden war, lehnten Keppler und Hitler strikt ab. Die Wirtschaft dürfe kein Staat im Staate werden. Aus dieser Einstellung folgte in etwa, daß der Staat sich in der Wirtschaftspolitik auf eine Art Richtlinienkompetenz beschränken und nach Möglichkeit die Durchführung im einzelnen Organisationen der gewerblichen Wirtschaft überlassen sollte, mit Pflichtmitgliedschaft ausgestattet, aber nicht nur mit gewissen Rechten, sondern vor allem auch Pflichten.

Hitler hatte auch eine hohe Meinung von "preußischer Verwaltung". Die preußischen Beamten wären stets integer, pflichtbewußt, fleißig und auch nicht ungeschickt gewesen, wenn auch sehr konservativ beharrend und Veränderungen abhold. Er brauche daher in die eigentliche Verwaltung nicht einzugreifen. Aber Regierung und Politik bestehen keineswegs nur aus Verwaltung. Schnelle, gekonnte Reaktionen auf neue Entwicklungen könne man von der Beamtenschaft nicht erwarten. Schnelle Entscheidungen wären nicht ihre Sache. Bei den folgenden Betrachtungen klammere ich den militärischen Bereich ganz aus. Über ihn ist sehr viel geschrieben worden, und David Irving hat in seinem Buch "Hitler und seine Feldherren" durch die undoktrinäre und wirklichkeitsnahe Darstellung erst vor kurzem einen hervorragenden Beitrag geleistet.

Aus der oben geschilderten Sicht zog Hitler — so sehe ich das — folgende Konsequenzen, die u.a. seinen Führungsstil bestimmten:

1. Er wollte selbst so wenig Zeit wie möglich mit verwaltender Regierungsarbeit verbringen. Die Reichskanzlei leitete Staatssekretär, später Reichsminister, Lammers, der früher im Reichsinnenministerium für Verfassung zuständig war — von Haus aus Jurist. Er erwies sich als Meister bei der Abfassung und Begründung von Gesetzen, Verordnungen, Erlassen und Regierungsverlautbarungen aller Art.

Die Präsidialkanzlei war — wie bekannt — zuständig für die Aufgaben Hitlers als Staatsoberhaupt, die Reichskanzlei für seine Tätigkeit als Reichskanzler. Als Leiter der Präsidialkanzlei wurde Staatssekretär, später Staatsminister, Meissner von Hindenburg übernommen. Beide Kanzleichefs hatten keine Macht, aber auf ihrem Gebiet Einfluß, insbesondere bestimmte Lammers, was Hitler in

seiner Eigenschaft als Reichskanzler vorgelegt werden sollte und machte meist akzeptierte Vorschläge für erforderliche Reaktionen oder Antworten. Hitler unterschrieb sehr bald ziemlich alles, was Lammers ihm zur Unterschrift vorlegte; er vertraute ihm.

2. Besprechungen im größeren Kreise waren nach Hitlers Auffassungen Zeitverschwendung. Sie produzierten vor allem Bedenken, brachten Zeitverzögerung und behinderten zügiges Handeln. Richtige Informationen oder Aufklärung ohne Diskussionen waren, wenn überhaupt, besser und schneller durch Besprechungen unter vier Augen oder im kleinsten Kreise zu erzielen. Daher auch seine Abneigung gegen Kabinettssitzungen, aber auch z.B. gegen Tagungen und Besprechungen mit den Gauleitern in ihrer Gesamtheit. Auch den "Notenaustausch" zwischen den Ministerien mißbilligte Hitler. Den Ministerbesprechungen sollte aber in jedem Falle Lammers beiwohnen, um — sofern er das für nötig hielte — Hitler orientieren zu können.

3. Im allgemeinen seien Ministerien und andere Verwaltungseinheiten nach ihrer Struktur, Arbeitsweise und Denkweise ungeeignet, neu auftauchende Probleme und Aufgaben zügig und wirkungsvoll zu lösen, besonders dann, wenn sie — was häufig der Fall war — auf Versäumnissen der Vergangenheit beruhten. In letzterem Falle würde jeder zuständige Minister natürlich geneigt sein, zur Selbstrechtfertigung gegen die Behauptungen einer Fehlentwicklung anzukämpfen oder die Lösung verzögerlich zu behandeln.

4. Aus alldem ergibt sich Hitlers besondere Bevorzugung von Sonderaufträgen und Sondervollmachten aller Art. Für die Ministerialbürokratie waren sie natürlich allgemein äußerst lästig, zumal oft Abgrenzungsschwierigkeiten auftraten. Hitler blieb aber dabei und Göring ahmte ihn darin nach — übertrieb es aber —, eintretende Krisen oder neu auftretende Probleme außerhalb der üblichen Regierungsmaschinerie bearbeiten zu lassen. Hitler war dabei der Meinung, daß ideenreichen und tatkräftigen Einzelpersönlichkeiten, denen man zeitlich dringende und auch zeitlich begrenzte Aufgaben stellte, ein zügiges Arbeiten durch ausreichende Vollmachten ermöglicht werden müsse. Reibungen und Überschneidungen mit bestehenden oder sich zuständig fühlenden Organisationen oder Dienststellen mußten dann eben notfalls in Kauf genommen werden. Eine frustrierte Behörde könne leichter ertragen werden als eine frustrierte unentbehrliche Persönlichkeit.

Dazu einige Beispiele:

Als Hitler sich zum großzügigen Ausbau der Autobahnen entschloß, wurde nicht das Verkehrsministerium, sondern Fritz Todt beauftragt. Als die Devisenlage eine Verbreiterung der Rohstoffbasis erforderte, wurde nicht das Reichswirtschaftsministerium, sondern Wilhelm Keppler beauftragt, "alle diejenigen wirtschaftlichen Maßnahmen durchzuführen, welche in Anbetracht der Devisenlage erforderlich sind, um ausländische Rohstoffe durch solche aus inländischer Erzeugung zu ersetzen."

Als dies sich als unzureichend erwies, erhielt Göring (nicht Schacht) wegen seiner bewährten Durchschlagskraft eine umfassende Vollmacht auf diesem Gebiete.

Als inflationäre Erscheinungen das Preisniveau 1936 in Bewegung brachten, wurde nicht das Reichswirtschaftsministerium und Reichsernährungsministerium angewiesen, dem in ihren Bereichen entgegenzuarbeiten, sondern Gauleiter Josef Wagner wurde "Preiskommissar" mit weitreichenden Vollmachten, weil die zuständigen Ministerien die Entwicklung verschlafen hatten.

5. Alles, was bis hierher geschildert wurde, hat eine stark formalistische Komponente. Der Führungsstil Hitlers beschränkte sich aber darauf keineswegs.

Hitler empfand sich — mit vollem Recht — als plebiszitärer Führer. Das Volk hatte sich für i h n entschieden, nicht in erster Linie für die NSDAP. Und er hielt die Durchführung seiner Ziele, die er anstrebte, nur für gesichert, wenn seine Autorität in Volk und P a r t e i völlig unangefochten war.

Partei-"Nebenregierung" war für ihn unakzeptabel, ja unvorstellbar. Nach dem Röhm-Putsch — der entgegen manchen Behauptungen von Historikern und solchen, die es sein möchten, ein echter Putsch war (ich habe im Gau Kurmark regional Einblick in ihn gehabt) — war sein Führungsstil darauf gerichtet, hier ganz klare Verhältnisse zu schaffen.

"Machtstrukturen" sollte es nicht geben. Nach dem Putsch wurde die SA hinsichtlich ihrer Aufgaben sowie personell entmachtet und führte nur noch ein Schattendasein; darüber hinaus wurde den Gauleitern — soweit noch notwendig — unübersehbar klar gemacht, daß sie nur regionale Aufgaben und Befugnisse und keinen darüber hinausgehenden Einfluß hätten. Es gab kein NSDAP-"Politbüro."

6. Die Geschichte der Gauleiter, ihrer Funktionen und ihrer Arbeitsweise ist in einer hervorragenden zeitgeschichtlichen Forschungsarbeit festgehalten worden: Peter Hüttenberger "Die Gauleiter — Zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP".

Diese Arbeit ist von besonderer Qualität und gibt m.E. die Wirklichkeit des Dritten Reiches zutreffend wieder. Die Zusammenfassung und der Gesamtüberblick auf der Rückseite des in der Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte herausgegebenen Artikels ist m.E. formal und tatsächlich optimal.

7. Es gehörte auch zu Hitlers Führungsstil, daß er aus den Reihen der Gauleiter immer wieder Leute seines Vertrauens mit Sonderaufgaben im Staat betraute, wie

Bürckel, Sauckel, Lohse, Josef Wagner, Koch, Kube, und daß er ihnen — oft über die Grenze des Möglichen und Einträglichen hinaus — die in der Gemeinsamkeit alter Tage gewachsene Treue hielt.

Erteilte aber Hitler solche Aufträge, so waren die betreffenden Persönlichkeiten nicht in ihrer Funktion als Gauleiter tätig, sondern als Staatskommissare, die Hitler in seiner Eigenschaft als Reichskanzler und nicht in seiner Eigenschaft als Parteiführer unterstanden.

Abschließend muß eindeutig festgehalten werden: Es gab niemanden in Partei und Staat, den Hitler nicht in jedem Augenblick aus seiner Position hätte abberufen können: Diese Gesamtkonstruktion schloß es aus, daß Hitler mit Querelen aller Art hätte kämpfen müssen. Insoweit war dieser Zustand eine wichtige Voraussetzung für seinen Führungsstil; er brauchte weder Arbeitskraft noch Zeitaufwand zu verschwenden, um mit Widerständen in Partei oder Regierung zu kämpfen. Und dieser Zustand der Omnipotenz dauerte — ganz unverständlicherweise — auch dann noch fort, als Hitler längst die Schwelle der Regierungsfähigkeit überschritten hatte, was nach meinen Beobachtungen und Vorstellungen spätestens im Juni 1944 der Fall war.

**************************************************

# „Deutscher Sozialismus' im Dritten Reich

Als die NSDAP unter dem Namen "Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei" gegründet wurde, geschah das zweifellos im bewußten Gegensatz zum internationalen Marxismus und besonders auch unter scharfer Ablehnung von dessen Grundidee, nämlich der Notwendigkeit des Klassenkampfes. An seine Stelle sollte der "Deutsche Sozialismus" treten, der keine Apparatur, kein Programm, sondern eine Gesinnung war.

Im Brockhaus 1923 ist das Stichwort "Sozialismus" wie folgt formuliert:

> *"Der Inbegriff der weltanschaulichen und ökonomischen Theorien und praktischen Maßnahmen, die eine neue Lebens- und Wirtschaftsordnung unter stärkster Betonung der Wirtschaftsidee erstreben, im Gegensatz zu den individualistischen Auffassungen von Wirtschaft und Gesellschaft."*

Genau das war die vage Idee des deutschen Sozialismus. Hitler rief nicht zum Kampf aller gegen alle auf, sondern zur Volksgemeinschaft "aller Deutschen". Dem Klassenkampf von rechts und links galt sein politischer Kampf. Das bald eingeführte Wort vom "Arbeiter der Stirn und der Faust" sollte eine Kluft zwischen Handarbeitern und geistig Arbeitenden schließen und das soziale Empfinden des Volkes ansprechen. Staat und Partei aber sollten die Aufgabe und die Pflicht haben, im Auftrag des Volksganzen den Schwachen im Volke zu helfen, sich selbst zu helfen. Mit dieser Zukunftsvision, gepaart mit der Forderung nach der Befreiung vom Versailler Diktat, wurde Hitler Führer einer Massenbewegung und schließlich Kanzler des deutschen Reiches. Von Gregor Strasser, dem Fraktionsvorsitzenden der NSDAP im Reichstag, stammt dazu das Wort von der "antikapitalistischen Sehnsucht des deutschen Volkes" (so Gauleiter Jordan in seinem Buch "Im Zeugenstand der Geschichte"). Diese "antikapitalistische Sehnsucht" erfüllte nach meiner Kenntnis auch die überwältigende Mehrheit der für das innenpolitische Geschehen stark bestimmenden Gauleiter sowohl nach ihrem Werdegang als auch nach ihren Lebenserfahrungen. Insoweit würde man sie nach heutigen Vorstellungen zweifellos als "Linke" einstufen, mindestens als "links von der Mitte" eingruppieren. In der Zeit zwischen der Machtübernahme und der ersten Reichstagswahl im Dritten Reich, im März 1933, stellte Keppler an Hitler die Frage, ob es nicht an der Zeit sei, den Namen der Partei zu ändern, nachdem doch jetzt von der Partei das ganze deutsche Volk angesprochen würde und die Mitglieder zu einem sehr hohen Anteil aus der Landwirtschaft und dem kleinbürgerlichen Mittelstande stammten. Hitler wies das ohne Besinnen zurück. Der Name der Partei solle und müsse so bleiben, wie er jetzt laute: Arbeiterpartei (nicht Partei der Arbeiter). Das bedeutete für die Arbeiter — und das sei gut so. Es müßten sich alle Nationalsozialisten immer wieder einprägen, daß die Arbeiter am meisten der Hilfe der Partei bedürften. Die übrigen Berufsgruppen könnten sich schon eher selbst helfen.

Nach dem 30. Januar 1933 wurde nur wenig Zeit verloren, um die Grundgedanken einer Beendigung des Klassenkampfes durchzusetzen. Die Organe des Klassenkampfes, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, wurden aufgelöst. Der traditionelle Feiertag der Werktätigen, der 1. Mai, wurde am 1. Mai 1933 als Tag der "nationalen Arbeit" zu einem Feiertag des ganzen Volkes erklärt.

Die Beziehungen zwischen Unternehmern und Betriebsangehörigen wurden sehr bald durch das "Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit" auf eine ganz neue Basis gestellt und ein staatlicher Schutz für die Arbeiter durch das "Gesetz über die Treuhänder der Arbeit" geschaffen.

Da heißt es in § 3:

*"Bis zur Neuordnung der Sozialverfassung regeln die Treuhänder anstelle der Vereinigungen von Arbeitnehmern, einzelnen Arbeitgebern oder der Vereinigung von Arbeitgebern für die beteiligten Personen die Bedingungen über den Abschluß von Arbeitsverträgen... Im übrigen sorgen die Treuhänder für die Aufrechterhaltung des Arbeitsfriedens. Sie sind zur Mitarbeit an einer neuen Arbeitsverfassung berufen."*

Die Treuhänder der Arbeit wurden im wesentlichen nicht als Berufsbeamte bestellt, sondern als Persönlichkeiten von bewährter sozialer Gesinnung und Vergangenheit.

Im folgenden Jahr wurde das "Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit" und auch das "Treuhändergesetz" geschaffen. Im übrigen wurde die Durchführung des deutschen Sozialismus, so möchte ich das nennen, von Adolf Hitler Robert Ley, dem Reichsorganisationsleiter der NSDAP, übertragen, indem er ihn mit der Schaffung der deutschen Arbeitsfront als Nebenorganisation der NSDAP beauftragte. "Betriebsführer" und "Arbeitnehmer" sollten in gleicher Weise Mitglied der DAF sein.

Über Robert Ley schreibt Joachim C. Fest in seinem Buch "Das Gesicht des Dritten Reiches":

*"Die Erscheinung Robert Leys hingegen in ihrem zugleich schwächlichen, verstiegenden und derben, insgesamt aber dürftigen Zuschnitt legte den Verzicht auf einen zusätzlichen Beitrag um so eher nahe, als die persönlichen Strukturen sich in diesem Falle mit denen einiger Partner aus dem Gefolge Hitler weitgehend decken."*

Die Bemerkung zeugt von einer völligen Unkenntnis der Wirklichkeit des Dritten Reiches, und wahrlich nicht nur in diesem Falle. Robert Ley war eine der bedeutendsten, eigenständigsten Persönlichkeiten im Dritten Reich; von großem Ideenreichtum, großer motorischer, schwer zu bremsender Durchsetzungskraft und einem nie erlahmenden Idealismus und Willen, dem deutschen Arbeiter in seiner Gesamtheit zu einem besseren Leben zu verhelfen, soweit es nur irgendwie in seiner Macht stand. Insoweit war er der Ideenträger des "deutschen Sozialismus" schlechthin.

Die DAF vermochte mit der Autorität einer Parteiorganisation das an Lohn für die Arbeiter zu erkämpfen, was im Frieden betrieblich, gesamtwirtschaftlich und im Rahmen der erstrebten Preisstabilität irgend möglich war. Dabei nahmen zunehmend neben der Lohnhöhe selbst im Laufe der Jahre umfangreiche Nebenleistungen der verschiedensten Art einen besonderen Raum ein.

Im folgenden soll nur ein kurzer Überblick gegeben werden durch ein Zitat aus der Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte Nr. 19 von Peter Hüttenberger "Die Gauleiter" — eine in jeder Beziehung sorgfältig recherchierte und objektiv wertende historische Arbeit:

*"Die Übernahme der Gewerkschaftsvermögen und das Einkommen der Mitgliedsbeiträge machten die DAF zu einer außerordentlich finanzstarken Organisation. Als "angeschlossener Verband" der NSDAP besaß sie im Gegensatz zu den Gliederungen der NSDAP eigenes Vermögensrecht. Der Reichsschatzmeister der NSDAP hatte nur bestimmte Aufsichts- und Revisionsvollmachten, war aber nicht Verwalter des DAF-Vermögens. Mit ihren (1938) rund 23 Millionen Mitgliedern war die DAF zahlenmäßig fast fünfmal so stark wie die NSDAP und während viele NSDAP-Gaue in den ersten Jahren des Dritten Reiches noch immer verschuldet waren, konnte die DAF eigene Banken und potente wirtschaftliche Organisationen errichten und ihren Einfluß kontinuierlich ausdehnen. Ley, dem Gauleiter Wahl "krankhafte Organisationswut" nachsagte und der tüchtige Organisatoren wie Selzner zur Seite hatte, baute ab Januar 1934 das Reichsheimstättenamt auf, das bis 1936 über 200.000 Bauprojekte in Angriff nahm. Die DAF errichtete zahlreiche Schulen und Werkstätten für Berufserziehung und Umschulung, in denen nach Aussagen Leys bis 1936 250.000 Lehrkräfte beschäftigt und 2,5 Millionen Arbeitnehmer geschult wurden. Sie organisierte die Reichsberufswettkämpfe und gab in eigenen Verlagen 88 Fach- und Berufszeitschriften mit einer Gesamtauflage von 10 Millionen Exemplaren, außerdem eine Reihe von politisch propagandistischen Zeitschriften heraus ('Arbeitertum', 'Schönheit der Arbeit', 'Der Aufbau'). Sie überwachte und leitete Einrichtungen zur Förderung der Volksgesundheit, das Riesenunternehmen 'Kraft durch Freude', baute Tausende von Grünanlagen, Hunderte von Sportplätzen und Schwimmbädern, unterhielt eigene Theater, ein Reichssymphonieorchester usw., besaß ein Volksbildungswerk und einen sogenannten 'Arbeiterdank' zur Betreuung von Wehrmachtsreservisten. Zur Schulung der eigenen Funktionäre betrieb die DAF 9 Reichsschulen und 40 Gauschulen. Sie finanzierte auch die Parteischulen in den 'Ordensburgen' Vogelsang, Sonthofen und Grössinsee, die Ley in seiner Eigenschaft als Reichsorganisationsleiter der NSDAP unterstanden. Letztere waren ein Beispiel dafür, daß die Mittel und der Apparat der DAF auch dem Reichsorganisationsleiter zugute kam und dessen Stellung stärkten."*



Reichsbauerntag — Erntedank
Goslar 1935